

4. Die Dezemberbewegung 2008

In diesem Kapitel untersuche ich die Dezemberbewegung 2008. Diese spielte eine maßgebliche Rolle in Hinblick auf die Entstehung langfristiger Strukturen in Griechenland. In Abschnitt 4.1 führe ich zunächst in die Protestereignisse im Dezember 2008 ein und werfe dabei einen Blick auf die besonderen Merkmale der Dezemberbewegung 2008. In Abschnitt 4.2 erläutere ich die Entstehungshintergründe der Dezemberbewegung 2008 und skizziere, wie Umstrukturierungsprozesse in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik seit den 1980er Jahren dazu geführt haben, dass breite Teile der Gesellschaft – insbesondere junge Menschen – bereits vor Beginn der jüngsten Staatsschuldenkrise mit unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen konfrontiert waren. In Abschnitt 4.3 beschreibe ich die soziale Zusammensetzung und in Abschnitt 4.4. das ideologische Profil der Bewegung. In Abschnitt 4.5 führe ich in die jüngere Protestgeschichte Griechenlands ein und zeige, wie sich in den letzten fünf Jahrzehnten selbstorganisierte Protestformen als Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen in Griechenland etabliert haben. In Abschnitt 4.6 beschreibe ich die Protest- und Organisationsformen der Dezemberbewegung 2008. In Abschnitt 4.7 zeige ich, welche langfristigen Strukturen im Anschluss an die Dezemberbewegung entstanden sind.

4.1 »Remember, remember the 6th of December«¹

Am Abend des 6. Dezember 2008 trafen der Polizist Epaminondas Korkoneas und sein Kollege Vassilis Saraliotis auf ihrer abendlichen Streife in einer schmalen Seitenstraße im Athener Stadtteil Exarchia auf eine Gruppe Jugendliche, mit der es zu einer verbalen Auseinandersetzung kam. Kurz darauf erschoss Korkoneas den 15-jährigen Schüler

1 »Remember, remember the sixth of December« ist ein von Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland entworfener Slogan, der sich auf den 6. Dezember bezieht, den Tag, an dem die Dezemberproteste 2008 begannen (Libcom 2012). Der Slogan ist eine Abwandlung des Reims »Remember, remember the 5th of November«, der an den 5. November 1605 erinnert, den Tag, an dem der Sprengstoffexperte Guy Fawkes und andere Katholik*innen den sogenannten »Gunpowder Plot« unternahmen; den Versuch, den protestantischen König Jacob I. und seine Familie zu ermorden (Hutton 2011).

Alexandros Grigoropoulos (Mac Con Uladh 2010). Die Nachricht von der Ermordung² des Schülers verbreitete sich in Windeseile. Binnen zwei Stunden versammelten sich mehrere tausend Menschen auf den Straßen im Athener Zentrum, wo es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizeikräften kam. Zahlreiche Banken, Polizeistationen und Großhandelsgeschäfte wurden dabei von Protestierenden angegriffen. Die polytechnische Hochschule sowie die Rechts- und die Wirtschaftsfakultät der Universität Athen, die sich alle im Zentrum von Athen befinden, wurden in der Nacht von Protestierenden besetzt (Kallianos 2011: 154). Die Proteste dauerten bis in die Morgenstunden und breiteten sich in den folgenden Tagen auf über 20 griechische Städte aus, in denen ebenfalls Angriffe auf Banken, Polizeiwachen und Geschäfte sowie Demonstrationen stattfanden (Griechenland Zeitung 2008). Bald war das gesamte Land für mehrere Wochen von den Protesten eingenommen, die es in dieser Intensität seit Jahrzehnten nicht gegeben hatte. Die griechische Regierung versuchte den Tod von Grigoropoulos als »isolierten Vorfall« abzutun (Athens News Agency 2008), während die griechischen Massenmedien die Protestereignisse als »blinde Gewalt« betitelten (Matsas 2010: 52). Die Reichweite, Intensität, Kontinuität sowie die Zusammensetzung der Proteste und die Solidarität mit den Protesten außerhalb der nationalen Grenzen deuteten allerdings darauf hin, dass es sich bei der Dezemberbewegung 2008 um etwas handelte, das weit über den Tod von Grigoropoulos hinausging (Kaplanis 2010: 223; Kalyvas 2010: 352–353). Über eine Dauer von drei Wochen fanden täglich Proteste statt, die sich explosionsartig im gesamten Land ausbreiteten – auch in Gebieten, in denen nie zuvor Proteste stattgefunden hatten. Die Protestereignisse dauerten länger als jedes andere griechische Protestereignis der vorherigen Jahrzehnte und erreichten an einigen Tagen eine landesweite Teilnehmendenzahl von über 100.000 Personen. In Solidarität mit den griechischen Protesten demonstrierten Menschen außerhalb der nationalen Grenzen in hunderten Städten auf der ganzen Welt (Kalyvas 2010: 351–355). Aus Angst, die Proteste in Griechenland könnten sich auch auf Frankreich und das übrige Europa ausbreiten³ verschob der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Dezember 2008 sogar seine geplante Gesetzesvorlage zur Deregulierung der Bildung (Campbell 2008). Entgegen dem in den Massenmedien dargestellten Bild, es würde sich bei den Protestteilnehmenden nur um Jugendliche handeln, schlossen sich Eltern, Lehrer*innen, Erwerbslose, Beschäftigte und Migrant*innen den Protesten an (Mentinis 2010: 201; Malamatinas 2011: 14). Dabei fanden die Proteste weitgehend ohne die Partizipation repräsentativer Protestakteur*innen wie Gewerkschaften und Parteien statt (Kaplanis 2010: 223). Organisiert wurden die Proteste in den landesweit über 600 besetzten Schulen und 150 besetzten Universitäten sowie in zahlreichen besetzten Rathäusern und in der besetzten Zentrale des Gewerkschaftsdachverbands (*Geniki Synomospondia Ergaton Ellados*,

2 Der Polizist Epaminondas Korkoneas wurde im Herbst 2010 wegen Mordes zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Sein Kollege Vassilis Saraliotis wurde wegen Mittäter*innenschaft zu zehn Jahren Haft verurteilt (Mac Con Uladh 2010). Im Juni 2022 wurde Korkoneas »wegen guter Führung« nach elf Jahren aus der Haft entlassen (Griechenland Zeitung 2022).

3 Die französische Jugend protestierte trotzdem gegen die geplante Bildungsreform und schien sich von den Protesten in Griechenland bestärkt zu fühlen, weiterzumachen, was am 29. Januar und am 29. März 2009 zu Generalstreiks in Frankreich führte (Matsas 2010: 55).

kurz: GSEE) in Athen (Kalyas 2010: 352). Nicht nur in Athen, sondern auch in den Vororten sowie in kleineren Städten wurden Vollversammlungen gegründet (Mi 2010). Viele Protestteilnehmende beteiligten sich zum ersten Mal in ihrem Leben an kurzzeitigen Besetzungen und anderen Protestformen, die üblicherweise zum Aktionsrepertoire anarchistischer Gruppierungen in Griechenland gehörten, wie das zielgerichtete in Brand Setzen von Banken und öffentlichen Gebäuden, Angriffe auf Polizeistationen und Supermarktenteynungen (Kornetis 2010: 189; Bratsis 2010: 195; Sotiris 2010: 207). Nach den mehrere Wochen andauernden Protesten entstanden landesweit selbstorganisierte Strukturen, die von Nachbarschaftsversammlungen und anderen lokalen Projekten bis hin zu Basisgewerkschaften reichten.

Wie konnte der Mord an einem Schüler derart massive Proteste auslösen, die noch dazu weit über die Protestereignisse im Dezember 2008 hinaus nachwirkten? Wie kam es dazu, dass sich so viele Menschen an den Protesten beteiligten? Mit Sicherheit veranlasste die Erschießung eines 15-jährigen Schülers viele Menschen – insbesondere viele junge Protestteilnehmende – dazu, die bestehende politische Ordnung zu hinterfragen (Memos 2010: 211). Doch es gab noch tieferliegende Gründe für die »soziale Wut« (Grekopoulou 2010: 102). Dass breite Teile der Gesellschaft in Griechenland »die Ordnung ihrer Gesellschaft so massiv und grundlegend in Frage« stellten (Grekopoulou 2010: 102), hing mit sozialer und politischer Unzufriedenheit zusammen, die schon lange vor dem Dezember 2008 in der Gesellschaft verbreitet war. Diese Unzufriedenheit ist auf sozialpolitische Entwicklungen zurückzuführen, deren Ursprünge bis in die 1970er Jahre zurückreichen.

4.2 Die Dezemberbewegung 2008 als das erste Symptom der Krise

4.2.1 Ausbau des Sozialstaats und sozialer Aufstieg der Mittelschicht (1974–1984)

Mit dem Ende der Militärdiktatur und der Wiederherstellung der Demokratie (1973–1974) – auch bekannt als Periode des Regimewandels (*Metapolitefsi*) (Tziovas 2017: 279) – erlebte Griechenland ab 1974 unter der Regierung der Neuen Demokratie (*Nea Dimokratia*, kurz: ND) (1974–1981) umfassende Veränderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die neue demokratische Periode war gekennzeichnet durch wirtschaftlichen Aufschwung, den Ausbau des Sozialstaats, den sozialen Aufstieg der Mittelschicht und eine hohe gesellschaftliche Partizipations- und Organisierungsdichte in politischen Parteien und Gewerkschaften (Grekopoulou 2010: 116; Voulgaris 2017: 17). Der griechische Staat übernahm dabei die zentrale Rolle in der Regulation der wirtschaftlichen Entwicklung. Als »eine der wichtigsten Grundlagen für die Veränderung der Sozialstruktur und für die Ausweitung und Differenzierung der Mittelschichten« diente die Ausdehnung der öffentlichen Beschäftigung (Grekopoulou 2010: 116; s.a. Voulgaris 2017: 85). Die öffentliche Beschäftigung zu fördern, galt als effektive Strategie, zur Wiederherstellung der Legitimität des griechischen Staates, der »mittels der direkten ökonomischen Abhängigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Sektor politischen Einfluss auf einen großen Teil der Bevölkerung« ausüben und dabei die bestehende Kluft zwischen dem zentralisierten

Staat und wichtigen Interessengruppen innerhalb der Bevölkerung durch ein Klientelverhältnis vermindern konnte (Grekopoulou 2010: 116). Die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung ermöglichte vielen Menschen berufliche Stabilität. Darüber hinaus milderte sie die soziale Ungleichheit und führte zu einem Anstieg des gesellschaftlichen Wohlstands insgesamt (Voulgaris 2017: 85–86; Grekopoulou 2010: 115).

Diese »Aufbruchstimmung« hielt nach dem Eintritt Griechenlands in die Europäische Währungsunion (EWG) im Jahr 1981 weiter an (Roth 2012: 6). Die Partei Panhellenische Sozialistische Bewegung (*Panellinio Sosialistiko Kinima*, kurz: PASOK), die 1981 die ND als Regierungspartei ablöste, ergriff nach ihrem Regierungsantritt weitere sozialpolitische Maßnahmen. Sie erhöhte nicht nur die sozialpolitischen Ausgaben, sondern baute auch die wohlfahrtstaatlichen Leistungen aus, sodass breite Teile der Bevölkerung von öffentlicher Vollbeschäftigung und sozialen Sonderleistungen profitieren konnten (Roth 2012: 6; Voulgaris 2017: 89). Die PASOK-Regierung erhöhte nicht nur die Beamt*innengehälter und die Rentenausgaben (Voulgaris 2017: 89), sondern führte auch ein nationales Gesundheitssystem zur Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens⁴ ein und errichtete ein System bedarfsabhängiger staatlicher Renten für Menschen ohne ausreichende finanzielle Mittel (Papatheodorou 2008: 289). Darüber hinaus baute sie das Bildungswesen aus und schaffte neue Beschäftigungsmöglichkeiten (Kritidis 2010: 832; Voulgaris 2017: 93). Die sozialpolitischen Reformen der Regierung ermöglichten breiten Teilen der Bevölkerung den sozialen Aufstieg. Dabei blieb eine »umverteilende Wirkung dieser Maßnahmen« jedoch weitgehend »auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst beschränkt« (Papatheodorou 2008: 289). Zwischen 1974 und 1986 verdoppelte sich die Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor und erreichte 1990 mit 700.000 öffentlich Angestellten ihren Höhepunkt (Bratsis 2010: 192).

4.2.2 Neoliberale Umstrukturierungen und Grenzen der gesellschaftlichen Inkorporation⁵ (1985–1995)

Während bis Ende der 1970er Jahre aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums noch relativ einfache Bedingungen für den sozialen Aufstieg existiert hatten (Grekopoulou 2010: 116), erreichte »das Momentum der Inkorporation« ab Mitte der 1980er Jahre »seine natürlichen Grenzen« (Diamandorous 1994: 47). Die großzügigen Sozialausgaben der PASOK-Regierung führten dazu, dass die öffentlichen Schulden zwischen 1980 und 1985 enorm anstiegen (TPTG 2010a: 255). Hinzu kam, dass die Löhne in dieser Zeit zwar erhöht wurden, die Produktion allerdings nur gering gewachsen war (TPTG 2010a: 256;

4 Bis Anfang der 1980er Jahre war das griechische Gesundheitssystem »eines der am wenigsten entwickelten unter den OECD-Ländern« (Maniadakis 2012). Es verfügte über »viele Lücken in der Bereitstellung, Organisation und Finanzierung von Gesundheit« (Maniadakis 2012).

5 Mit dem Begriff der Inkorporation beschreibt der Soziologe Nikoforous Diamandouros (1994: 31–32) die Fähigkeit des griechischen Staates, die Gesellschaftsschichten, »die in der Nachkriegszeit faktisch an den Rand« der Gesellschaft gedrängt wurden, in das repräsentativ-demokratische System nach 1974 »erfolgreich einzugliedern und zu integrieren«.

s.a. Hartmann 2011: 67).⁶ Allein durch verbilligte Exporte in die europäische »Kernzone«⁷ (Roth 2012: 7) sowie durch Steuererleichterungen und Investitionszuschüsse gelang es Griechenland, weiterhin hohe Wachstumsraten aufzuweisen (Kaplanis 2010: 217; Hartmann 2011: 66; Polychroniou 2011: 8). 1985 sah sich Griechenland aufgrund seiner strukturell instabilen Lage gezwungen, ein wirtschaftliches »Stabilisierungsprogramm« einzuführen (TPTG 2010a: 256, Sotiris 2013: 62). Im Rahmen des neuen Stabilisierungsplans ergriff die griechische Regierung zwischen 1985 und 1987 neben finanz- und währungspolitischen Maßnahmen auch Lohnkürzungen im öffentlichen Bereich, weshalb die neuen Reformmaßnahmen sehr bald auf den Widerstand der öffentlich Beschäftigten stießen (TPTG 2010a: 256; Sotiris 2013: 62; Voulgaris 2017: 99). Unter dem Druck der Proteste sah sich die griechische Regierung 1987 gezwungen, die Reformen zurückzuziehen, was die Regierung allerdings nicht daran hinderte, ihren keynesianisch geprägten Wirtschafts- und Finanzkurs aufzugeben (Voulgaris 2017: 14–15). In dem Bestreben, die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags zu erfüllen,⁸ begann Griechenland Ende der 1980er Jahre, ähnlich wie andere EU-15-Staaten, weitreichende »neoliberale Umstrukturierungen« durchzuführen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 98–99.; s.a. Voulgaris 2017: 255; Kaplanis 2010: 215). Die Regierung privatisierte öffentliche Bereiche (Papatheodorou 2008: 289; Voulgaris 2017: 110), grenzte die Sozialausgaben ein (Sotiris 2013: 62; Voulgaris 2017: 81) und beschränkte Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 99). Darüber hinaus wendete sich das Land von dem Modell der Vollbeschäftigungspolitik ab, um stattdessen die »Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse« und die »Deregulierung des öffentlichen Sektors« voranzutreiben (Roth 2012: 7). Der Widerstand der griechischen Gewerkschaften konnte Anfang der 1990er Jahre zumindest noch »die Senkung der Masseneinkommen« verhindern (Roth 2012: 7). Trotzdem erodierte »der sozialstaatliche Konsens« ab Mitte der 1990er Jahre (Roth 2012: 7; s.a. Kritidis 2010: 826; Voulgaris 2017: 15).

4.2.3 Arbeitsmarktflexibilisierung und Ausweitung prekärer Beschäftigung (1996–2008)

1996 trat Kostas Simitis (1996–2004) aus dem rechten Flügel der PASOK die Nachfolge von Ministerpräsident Andreas Papandreu (1981–1996) an. Der neue Ministerpräsident verfolgte verstärkt eine Politik der europäischen Integration (Voulgaris 2017: 15). Die damit verbundene Implementierung von Sozial- und Arbeitsmarktreformen zog in Griechenland eine zunehmende Ausbreitung prekärer Beschäftigungsformen nach sich. Die neuen Beschäftigungsformen, von Teilzeitarbeit, befristeter und geringfügiger Beschäftigung bis hin zur Leiharbeit und die geringe soziale Sicherung hatten zur Folge,

-
- 6 Der Autor und Aktivist Detlef Hartmann (2011: 69) macht die EU für die Prozesse der Deindustrialisierung in Griechenland verantwortlich, mit »einem maßgeblichen Anteil der deutschen Industrie«.
 - 7 Umgekehrt verteuerten sich die deutschen und französischen Exporte nach Griechenland »um fast das Doppelte« (Roth 2012: 7).
 - 8 Der im Februar 1992 beschlossene Maastricht-Vertrag ist auch bekannt als Vertrag über die EU. Mit ihm wurden »die vertraglichen Voraussetzungen für den Übergang der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union« geschaffen (Roth 2012: 7).

dass immer mehr Menschen der soziale Abstieg drohte (Grekopoulou 2010: 109). Griechenlands »binneneuropäische Wettbewerbsfähigkeit« verschlechterte sich unterdessen fortlaufend (Roth 2012: 8). Obwohl Griechenland nicht alle Maastricht-Kriterien erfüllte,⁹ – die öffentlichen Schulden lagen 2000 bei 103,4 Prozent des BIP und sollten in den Folgejahren weiter anwachsen (TPTG 2010a: 256) – wurde das Land 2001 mithilfe manipulierter Statistiken in die Eurozone aufgenommen (Roth 2012: 8). Der Eintritt in die Eurozone bescherte Griechenland zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung (Roth 2012: 9). Griechenland erhielt günstige Kredite und investierte in infrastrukturelle Großprojekte wie den Ausbau der Olympiade 2004, der zu einem weiteren Anstieg der öffentlichen Schulden¹⁰ führte (Kaplanis 2010: 222; Varvarousis/Kallis 2017: 134). Während sich Unternehmen mit Steuersenkungen um 25 Prozent bereicherten (Roth 2011: 161), profitierten die mittleren und unteren Einkommenschichten der Gesellschaft wenig von dem neuen Wirtschaftswunder. Parallel zu den steigenden Wachstumsraten stagnierten die Armutsraten (Kaplanis 2010: 221). Die Schulden der Privathaushalte schossen in die Höhe (Sotiris 2013: 60). Ihre Lebenshaltungskosten konnten viele Familien nur durch die Aufnahme von Privatkrediten decken (Voulgaris 2017: 127).¹¹

Soziale Ungleichheit wurde in Griechenland zum immer sichtbareren Phänomen. 2006 lebte bereits 21 Prozent der griechischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (Kaplanis 2010: 221). Statistisch gesehen lag die Arbeitslosenquote Anfang der 2000er Jahre im Vergleich zu den »alarmierend« hohen Arbeitslosenzahlen der 1990er Jahre (Papa-theodorou 2008: 288) gar nicht so hoch. Allerdings war ihr Rückgang allein auf die Ausbreitung neuer Formen prekärer Beschäftigung zurückzuführen, von denen insbesondere die junge Generation betroffen war (Voulgaris 2017: 122; Kritidis 2010: 833; Grekopoulou 2010: 105; Roth 2012: 163). 2006 erfolgten 70 Prozent aller Neuanstellungen in Teilzeit (Kaplanis 2010: 220). Der griechische Staat, einst Garant für stabile Arbeit, übernahm dabei eine zentrale Funktion bei der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. So wurden 2007 65 Prozent aller Jugendlichen mit einem befristeten Arbeitsvertrag eingestellt (Grekopoulou 2010: 124); vor allem über sogenannte *stages* – befristete, niedrig entlohnte Beschäftigungen ohne Sozialversicherungsschutz (Grekopoulou 2010: 114; Kaplanis 2010: 291). Zwischen 2002 und 2007 wurden um die 80.000 junge Arbeitssuchende mit diesem unsicheren Status eingestellt¹² und dabei in der Regel mit einem Gehalt von

-
- 9 Laut Maastricht-Vertrag liegt »die Obergrenze der öffentlichen Gesamtverschuldung« bei 60 Prozent des BIP und »die Obergrenze der jährlichen Neuverschuldung soll 3 Prozent des BIP nicht überschreiten« (Roth 2012: 8).
 - 10 Die olympischen Spiele stellten mit Ausgaben in Höhe von 11 Milliarden Euro »eine hohe ökonomische Bürde« für Griechenlands Staatskasse dar (Kaplanis 2010: 222). Neben anderen Infrastrukturprojekten verursachten sie einen öffentlichen Schuldenberg in Höhe von 20 Milliarden Euro (Hadjimichalis 2013: 122).
 - 11 Eurostat zufolge zählten 2007 die griechischen Haushalte zu denen mit dem höchsten Prozentanteil an Hypothekenrückständen europaweit. Sechs von zehn griechischen Haushalten waren 2007 im Rückstand mit der Hypothek (TPTG 2009: 127).
 - 12 Die *stages* dienten den Regierungsparteien auch zur Aufrechterhaltung ihrer »klientelistischen Beziehungen« zur Wähler*innenbasis (Kaplanis 2010: 219). In den Wochen vor den Parlamentswahlen 2009 stellte die ND 7.000 neue *Stagiaires* ein (Kaplanis 2010: 219).

circa 400 Euro entlohnt (Grekopoulou 2010: 114). Die neuen flexiblen Beschäftigungsformen wurden dabei »systematisch von der EU und der griechischen Regierung gefördert, um Kosten zu minimieren und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen« (Kaplanis 2010: 220). Durch ihre Anstellungen in prekären Beschäftigungen waren junge Menschen besonders betroffen von den ohnehin niedrigen Löhnen in Griechenland.¹³ In Anspielung auf den Durchschnittslohn von 700 Euro verwendeten junge Menschen in Griechenland auch die Selbstbezeichnung »Generation 700 Euro«¹⁴ (Grekopoulou 2010: 113; s.a. Kritidis 2009: 46; Roth 2012: 163). Im Internetblog »Generation 700 Euro« identifizieren sich die Betroffenen als »stille Mehrheit junger Griech*innen zwischen 25 und 35, die überarbeitet, unterbezahlt, schuldenbelastet und unsicher sind« (G700 2012). Viele junge Menschen in Griechenland verdienten Ende der 2000er Jahre sogar weniger als 700 Euro monatlich. Circa 800.000 Menschen gehörten 2008 zur »500 Euro Generation«, darunter 300.000 Selbstständige, 295.000 Teilzeit-Beschäftigte, 180.000 offiziell arbeitslos gemeldete Menschen sowie 80.000 Menschen, die eine Aussicht auf Anstellungen über die *Stage*-Programme für die Periode 2008/2009 hatten (TPTG 2009: 127).

Auch die Arbeitslosenzahlen lagen Ende der 2000er Jahre bei der jungen Generation besonders hoch. Während die Gesamtzahl aller Arbeitslosen in Griechenland im 4. Quartal 2008 7,9 Prozent betrug, lag die Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-Jährigen bei 22 Prozent (Grekopoulou 2010: 106). Spezifisch griechisch war zudem, dass in Griechenland, »als einzigem Land in Europa«, die Erwerbslosenquote der Hochqualifizierten deutlich höher lag als die der Niedrigqualifizierten (Grekopoulou 2010: 107; s.a. Sotiris 2013: 58). 84 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren besaßen im ersten Quartal 2008 eine Hochschulzugangsberechtigung und 35 Prozent einen tertiären Abschluss. Unter den erwerbslosen 25- bis 29-Jährigen befanden sich im ersten Quartal 2008 sogar 53 Prozent, die über einen tertiären Abschluss verfügten (Grekopoulou 2010: 107). Welche subjektiv wahrgenommenen Unsicherheiten die weit verbreiteten prekären Anstellungen bei der jungen Generation Griechenlands auslösten, kann an den Ergebnissen einer Umfrage des GSEE aus dem Jahre 2008 abgelesen werden. Demnach gaben 75 Prozent der befragten Beschäftigten große Unsicherheiten in Hinblick auf ihre zukünftigen Berufsaussichten an (Kretsos 2011a: 267). Andere in derselben Periode durchgeführten Umfragen deuteten auf Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen hin, insbesondere bei »jungen und weiblichen, hochqualifizierten Beschäftigten« (Kretsos 2011a: 267).

Vor diesem Hintergrund ist die hohe Beteiligung junger Menschen bei den Dezemberprotesten 2008 zu verstehen. Zum Zeitpunkt der Dezemberproteste 2008 waren es insbesondere die jungen, gut ausgebildeten Erwachsenen, sowohl Menschen mit niedrigen als auch mit mittleren Einkommen, die sich mit prekären Arbeitsverhältnissen und Blockierungen sozialen Aufstiegs konfrontiert sahen oder von diesen bedroht waren (TPTG 2009: 117; Grekopoulou 2010: 104–105). Diese von »unsicheren, niedrigentlohnenden Bedingungen der Extremausbeutung« betroffenen und bedrohten jungen Menschen

13 2007 verdienten 50 Prozent der Lohnarbeitenden in Griechenland weniger als 1.030 Euro brutto monatlich. Der Mindestlohn gehörte zu den niedrigsten EU-15-weit (TPTG 2009: 127).

14 In anderen europäischen Ländern waren in den 2000er Jahren ähnliche Selbstbezeichnungen unter jungen Menschen verbreitet. In Italien war z.B. die Rede von der *Generation tausend Euro* (*Generazione mille Euro*) (Grekopoulou 2010: 113).

wurden zur »treibenden sozialen Kraft der Revolte«¹⁵ (Matsas 2010: 54). Wie sich die Dezemberbewegung 2008 genau zusammensetzte, wird im Folgenden beschrieben.

4.3 »Wir sind ein Bild der Zukunft« – Zusammensetzung der Proteste

Eines der besonderen Merkmale der Dezemberbewegung 2008 war ihre vielfältige Zusammensetzung. Neben Schüler*innen und Student*innen nahmen prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Mitglieder von Basisgewerkschaften, Aktivist*innen aus dem Spektrum der Anarchist*innen/Antiautoritären (*Anarchikes/Antixousiastikes*, kurz: A/A) und dem Umfeld der außerparlamentarischen Linken sowie erstmals eine hohe Zahl von Migrant*innen¹⁶ teil (Kouvelakis 2008; TPTG 2009: 117; Mentinis 2010: 201; Kalyvas 2010: 356; Sotiris 2013: 55). Den Großteil der Protestbeteiligten bildeten Schüler*innen und Student*innen, von denen einige in den Vorjahren bereits Protesterfahrung bei Demonstrationen gegen Sozialkürzungen und Bildungsreformen gesammelt hatten (Kallianos 2011: 156). Viele nahmen allerdings zum ersten Mal in ihrem Leben an Protesten teil (Kouvelakis/Seferiades 2009; Schwarz et al. 2010: 228–229). Von den Langzeitaktivist*innen linksradikaler und anarchistischer Gruppierungen wurden diese jungen Protestneueinsteiger*innen auch als »Dezembergören« bezeichnet (Interview, *He, 24.09.2010). Trotz der großen Beteiligung von Schüler*innen und Student*innen war die Dezemberbewegung keine »Jugendrevolte« (Matsas 2010: 54). Die schichtübergreifende Zusammensetzung der Bewegung machte vor allem eines deutlich, nämlich, dass zum Zeitpunkt der Proteste in Griechenland »selbst junge Menschen aus der Mittelschicht Angst vor ihrer Zukunft hatten« (Interview, *Ka, 22.09.2010). Entsprechend lautete ein zentraler Slogan der Dezemberbewegung 2008: »Wir sind ein Bild der Zukunft« (Schwarz et al. 2010). Es ging bei den Protesten nicht nur darum, dass »ein Kind erschossen« worden war, sondern um »die Zukunft« (Interview, *Ja, 08.09.2010) und um diese fühlten sich viele Protestteilnehmende betrogen, weshalb die »Krise der Legitimation«, die sich in den Dezemberprotesten 2008 äußerte, vor allem auch eine »Krise der Erwartungen« war (TPTG 2009: 120). Es war

»nicht das erste Mal, dass jemand von der Polizei in Griechenland ermordet wurde, aber der Fakt, dass selbst die Mittelschichtsfamilien mit den gleichen Problemen konfrontiert waren, wie die Arbeiter*innenklasse vor einigen Jahren [...] bewegte all diese Leute dazu, ihre Wut über das System zu zeigen [...] rauszugehen auf die Straße und zu demonstrieren« (Interview, *Ma, 22.09.2010).

15 In diesem Aspekt unterschieden sich die Dezemberproteste 2008 in Griechenland von anderen Protestereignissen der 2000er Jahre, wie denen in Frankreich, die sich auf die ärmeren Vororte beschränkten (Petropoulou 2010: 219).

16 Ein hoher Anteil von Migrant*innen der zweiten Generation war unter den Schüler*innen und Student*innen zu finden, die an den Versammlungen in den Schulen und Universitäten teilnahmen (TPTG 2009 117–118; Kalyvas 2010: 362; Psimitis 2011: 120; Dalakoglou/Giovanopoulos 2011: 92). Es beteiligten sich zudem auch Geflüchtete ohne legalen Aufenthaltsstatus an den Protesten (TPTG 2009: 118).

Insbesondere in der Hauptstadt Athen und in der zweitgrößten Stadt Thessaloniki partizipierten breite Teile der jungen, mittelständischen Bevölkerung an den Protesten (Kouvelakis 2008, Petropoulou 2010: 219; Psimitis 2011: 120; Sotiris 2013: 55). Ihre Partizipation war durch »die tiefe soziale Verunsicherung und die Prekarisierungsgefahr« motiviert (Grekopoulou 2010: 125), wie der Protestteilnehmende *Al bestätigt:

»Es begann mit dem Mord an Alexandros, aber darum ging es nicht. Es war etwas anderes. Es war hauptsächlich eine neue Generation, die realisierte, dass die Zukunft schlechter sein wird als die Situation ihrer Eltern. Und in Griechenland, den meisten Teil des 20. Jahrhunderts, wusste jede Generation, dass die Situation besser sein wird, insbesondere nach dem griechischen Bürgerkrieg. Also jetzt realisierten sie, dass die Dinge sich veränderten. Ich sehe einige Gemeinsamkeiten mit dem Mai '68 [...] die Generation in Frankreich und überall auf der Welt, realisierte irgendwie, dass die Finanzkrise der 70er im Kommen war. Das Gleiche passierte in Griechenland. Sie realisierten etwas Schlechtes. Sie konnten es fühlen« (Interview, *Al, 13.09.2010).

Durch ihre gemeinsamen Prekarisierungserfahrungen und -ängste bildeten die Protestierenden somit trotz ihres soziökonomisch unterschiedlichen Hintergrundes, eine kollektive »Einheit in Unterschiedlichkeit« (Sotiris 2010: 204; s.a. Mentinis 2010: 201; Kaplanis 2010: 224). Über diese Einheitlichkeit konstituierte sich in den Dezemberprotesten 2008 eine »quer durch Beschäftigungs- und Bildungshintergründe« verlaufende kollektive Identität (Kaplanis 2010: 224; s.a. Sotiris 2013: 58). Dieses neue Prekariat setzte sich aus Menschen zusammen, die von den Gewerkschaften nicht repräsentiert wurden (Kaplanis 2010: 224). Entsprechend unterstützten die Gewerkschaften, mit Ausnahme von einigen Basisgewerkschaften, die Proteste auch nicht. Ebenso wie der Großteil der politischen Parteien standen die etablierten Gewerkschaften den Protesten ablehnend gegenüber oder bekannten sich nicht eindeutig zu ihnen (Kaplanis 2010: 225). Die KKE organisierte zumindest separat ihre eigenen Proteste, »um nicht außerhalb der Entwicklungen zu stehen« (Interview, *He, 24.09.2010). Mitglieder der damals noch jungen SYRIZA, die mit den sozialen Bewegungen eng vernetzt war, beteiligten sich an den Protesten und an der Besetzung der juristischen Fakultät der Universität Athen. Insbesondere nach den ersten gewaltvollen Protestformen distanzierten sich die SYRIZA-Mitglieder allerdings von den Protesten (Kritidis 2009: 50–51; Schrader 2009; Mentinis 2010: 201). Einen äußerst politisierten Teil der Dezemberbewegung bildeten dagegen die Langzeitaktivist*innen aus dem A/A-Spektrum und aus dem Umfeld der außerparlamentarischen Linken (Kritidis 2009: 49–50; Gourgouris 2010: 367). Für die Anarchist*innen boten die Mobilisierungen die Gelegenheit, sich mit anderen Teilen der Gesellschaft zu solidarisieren und gleichzeitig, wie ein langjähriger Anarchist und Protestbeteiligter berichtet, eine »Chance, der Revolution näher zu kommen« (Interview, *Ach, 27.09.2010).

4.4 »Dezember« war gegen alles« – ideologisches Profil der Dezemberbewegung

Wie im vorigen Abschnitt beschrieben wurde, teilten die Protestbeteiligten, trotz ihrer unterschiedlichen Politisierungsgrade, ideologischen Hintergründe und sozialstrukturellen Merkmale, gemeinsame Prekarisierungserfahrungen und -ängste. Eine weitere Gemeinsamkeit war zudem ihre kritische und konfrontative Haltung gegenüber dem griechischen Staat (Kontopidis 2009: 27–28; TPTG 2009: 118; Sotiris 2010: 207). Viele Protestteilnehmende richteten ihre Wut vor allem gegen die Polizei. Es nahmen »viele Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen« an den Protesten teil, weil sie »geschockt darüber« waren, »dass der Polizeieror einen Punkt erreicht hatte, an welchem ein Kind getötet wurde« (Interview, *Ma, 22.09.2010). Eine der wenigen Forderungen der Dezemberbewegung¹⁷ war daher die Forderung nach einem Ende der Polizeibrutalität in Griechenland (Memos 2009: 222; Matsas 2010: 58). Durch zahlreiche Angriffe auf Polizeigebäude verliehen die Protestteilnehmenden ihrer Wut über die Polizeigewalt Ausdruck (TPTG 2009: 118). Ihre Kritik richtete sich aber nicht nur gegen die Polizei, sondern gegen den Staat in seiner Gesamtheit, also auch gegen politische Parteien und Gewerkschaften, die die Proteste nicht unterstützten (Memos 2009: 228–230; Kritidis 2009: 50–51). Für viele Protestteilnehmende war es eine Enttäuschung, dass die parlamentarische Linke, in den Protesten »völlig abwesend« war (Interview, *Al, 13.09.2010). Gleichzeitig fühlten sich die Protestteilnehmenden durch die offensichtlich ablehnende Haltung von Gewerkschaften und Parteien gegenüber den Protesten darin bestärkt, die Organisation der Proteste in die eigenen Hände zu nehmen (Memos 2009: 228–230; Kalyvas 2010: 354), wie ein Teilnehmer der Dezemberereignisse 2008 bestätigt:

»Dezember« [umgangssprachliche Bezeichnung für die Dezemberproteste, *Anm. d. Verf.*] war gegen alles. Gegen die Parteien der Linken. Die kommunistische Partei lehnte die Proteste ab, weil sie nicht die Kontrolle über sie hatte. Im Parlament unterstützte einzig SYRIZA die Proteste, aber sie stoppte in der Mitte [...] sie hatte nicht den Mut zu sagen: »ja, wir unterstützen« oder »nein, wir tun es nicht«. Erst unterstützten sie die Proteste und als die größeren Parteien gegen sie waren, hörten sie auf [die Bewegung zu unterstützen, *Anm. d. Verf.*] und machten einen Schritt zurück. Es war, wie in verschiedenen Booten zu stehen« (Interview, *Al, 13.09.2010).

Darüber hinaus lehnten auch viele Protestbeteiligte eine Beteiligung von Parteien und Gewerkschaften an den Protesten ab. Zurückzuführen ist die ablehnende Haltung auf ein grundsätzliches Misstrauen der sozialen Bewegungen in Griechenland gegenüber staatlichen Akteur*innen. Dieses Misstrauen entstand vor dem Hintergrund der jüngeren Protestgeschichte Griechenlands. Wie Protestteilnehmende der Dezemberbewegung berichten, trug Griechenlands »kontinuierliche Geschichte von Bewegungen« (Interview, *Ka, 22.09.2010) sowie die Beteiligung vieler Menschen in Gruppierungen,

17 Die wenigen Forderungen wurden von einigen linken Gruppierungen aufgestellt, die auf diese Weise versuchten, der Dezemberbewegung einen ausdrücklichen politischen Ton zu verleihen. Der Großteil der Dezemberbewegung 2008 war gegen eine Aufstellung konkreter Forderungen (vgl. Memos 2009: 222).

»die gegen das kapitalistische System kämpften« (Interview, *Ma, 22.09.2010), dazu bei, dass sich das »Handeln in Opposition zum Staat in Griechenland« in den letzten vier Jahrzehnten gesellschaftlich ausgebreitet hat (Interview, *He, 24.09.2010). Im folgenden Abschnitt erfolgt ein Einblick in diese jüngere griechische Protestgeschichte Griechenlands, aus der hervorgeht, dass die Krisenproteste ab 2008 an eine jahrzehntelange Tradition selbstorganisierten Widerstands anschließen konnten (Alkis 2010; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 110; Siapera/Theodosiadis 2017: 509).

4.5 Die Dezemberbewegung 2008 als eine Fortsetzung von vier Jahrzehnten selbstorganisierten Widerstands

4.5.1 Der Novemberaufstand 1973

Als Ausgangspunkt der jüngeren Protestgeschichte des modernen Griechenlands kann der »Novemberaufstand 1973« gegen die Militärdiktatur (1967–1974) betrachtet werden (Kassimeris 2005). Der Aufstand hat bis heute eine wichtige symbolische Wirkungskraft und dient als Referenzpunkt¹⁸ für nahezu alle sozialen Bewegungen in Griechenland (Kornetis 2010: 192; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 94). Nach montagelangen Protesten gegen das repressive Regime und die wachsende berufliche Perspektivlosigkeit¹⁹ besetzten griechische Student*innen vom 14. bis 17. November 1973 die polytechnische Universität in Athen. Es war das erste Mal in der Geschichte des modernen Griechenlands, dass eine Universität besetzt und als Protestort genutzt wurde (Kritidis 2014b: 67). Unter den Besetzer*innen fanden sich Student*innen und Erwerbstätige, die dem Lager der außerparlamentarischen Linken²⁰ und dem sich selbst von der politischen Linken ideologisch abgrenzenden anarchistischen Spektrum²¹ zugehörten (Alkis 2010: 26; Kritidis 2014b: 67). Während der mehrtätigen Besetzungen experimentierten die Aktivist*innen mit selbstorganisierten Protest- und Organisationsformen (Alkis 2010:

18 In Gedenken an den Novemberaufstand 1973 finden in Griechenland jedes Jahr Gedenkdemonstrationen statt. Seit 1974 ist der 17. November ein nationaler Feiertag in Griechenland.

19 Der Novemberaufstand richtete sich nicht nur gegen die Militärdiktatur. Er war auch eine Reaktion auf die Wirtschaftsrezession und steigende Arbeitslosenzahlen (Kassimeris 2005: 747; Rigos 2016). Im November 1973 lag die Zahl erwerbsloser, junger Menschen bei 200.000 (Kassimeris 2005: 747). Entsprechend lautete ein zentraler und bis heute, oft verwendeter Slogan des Novemberaufstands: »Brot, Bildung, Freiheit« (Kassimeris 2005: 746).

20 Zur außerparlamentarischen Linken in Griechenland zählen Gruppierungen und Organisationen verschiedener kommunistischer und sozialistischer Strömungen.

21 Die anarchistische Bewegung in Griechenland hat ihren Ursprung in der außerparlamentarischen Linken (Kitis 2015: 10) und wird in der Fachliteratur teilweise auch dem Spektrum der außerparlamentarischen Linken zugeordnet. Allerdings grenzt sich der anarchistische »Raum« (Kitis 2015: 2; Boukalas 2011: 281) selbst schon seit Längerem von der außerparlamentarischen Linken ab. Seit den 1980er Jahren besteht eine Vielzahl von Gruppierungen, die sich selbst verschiedenen Strömungen, wie dem Anarcho-Kommunismus, dem Anarcho-Snydikalismus, dem Anti-Autoritarismus, dem Autonomismus und dem Nihilismus bzw. individuellem Anarchismus zuordnen (Boukalas 2011: 281; Vradis/Dalakoglou 2009; Kitis 2015).

25). Sie gründeten eine Vollversammlung, Arbeitsgruppen und einen Piraten-Radiosender (Kritidis 2014b: 67). Die parlamentarische Linke, die auf »einen friedlichen Übergang von Diktatur zu Demokratie« setzte, beteiligte sich nicht an den Protesten (Alkis 2010: 25). Die KKE und ihre Jugendorganisation Kommunistische Jugend Griechenlands (*Kommounistiki Neolaia Elladas*, kurz: KNE), die sonst eine wichtige Rolle in der Organisation von Protesten spielten, unterstützten den selbstorganisierten Widerstand nicht. Für die KKE besaß »der polytechnische Aufstand« nicht das Potential, sich zu einer längerfristigen Massenmobilisierung zu entwickeln (Dafermos 1999: 124). Mitglieder der KNE versuchten sogar die Protestaktionen zu verhindern (Dafermos 1999: 124). Die Gewerkschaftsbewegung beteiligte sich ebenfalls nicht an den Protesten (Voulgaris 2017: 248). Drei Tage verschanzten sich die Aktivist*innen in der besetzten Hochschule. Am vierten Tag der Besetzung, am 17. November 1973, stürmte das Militär die besetzte Universität und schlug den Aufstand blutig nieder. Dabei starben über 22 Menschen.²² Einige von ihnen wurden von den Panzerwagen des Militärs am Eingang zur Hochschule überrollt. Hunderte wurden zudem verletzt und Tausende festgenommen (Woodhouse 1985: 137). Nach nur drei Tagen war der Novemberaufstand beendet. Dennoch wirkte der Aufstand weiter. Zum einen trug er ein Jahr später in erheblichem Maße zum Fall der Militärdiktatur bei (Kassimeris 2005; Andronikidou/Kovras 2012: 712; Kitis 2015: 1–2; Rigos 2016). Zum anderen trat infolge des polytechnischen Widerstands eine neue Generation griechischer Aktivist*innen hervor, die sogenannte »polytechnische Generation« (Kassimeris 2005: 749), die die nach dem Ende der Militärdiktatur wiederhergestellte demokratische Ordnung durch ihre »radikalen und autonomen« Praktiken mitgestaltete (Kassimeris 2005: 750; Kritidis 2014b: 67–76).

4.5.2 Aufstieg außerparlamentarischer Kräfte (1974–1980)

Die »Rückkehr zur Demokratie« (Bpb 2019) führte in Griechenland zu grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Erstmals seit dem Ende der Militärdiktatur fanden im November 1974 parlamentarische Wahlen statt, bei denen die damals neu gegründete ND unter Konstantinos Karamanlis (1974–1981) einen eindeutigen Wahlsieg davontragen konnte. Obwohl die ND dem rechtskonservativen Lager entstammte, zeigte sie sich nach ihrem Regierungsantritt bemüht, einen demokratischen und politisch versöhnlichen Kurs einzunehmen. Im Dezember 1974 veranlasste die ND-Regierung ein Referendum über die künftige Staatsform in Griechenland, bei dem sich über 70 Prozent der Wahlberechtigten für die Etablierung der parlamentarischen Demokratie aussprachen (Bpb 2019). Darüber hinaus änderte sie die Verfassung, entließ inhaftierte Gegner*innen des Militärregimes und legalisierte die Aktivitäten kommunistischer Parteien und der Gewerkschaften. Insbesondere die Legalisierung der Gewerkschaftsarbeit – u. a. wurde 1975 das Streikrecht für alle »legal gegründeten« Gewerkschaften eingeführt (Katsoridas/Lampousaki 2012: 80) – führte ab Mitte der 1970er Jahre zu einem rasanten Anstieg von Demonstrationen, Streiks und einer Ausweitung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmer*innenforderungen (Ioannou 2000: 9; Katsoridas/Lampousaki 2012:

22 Unter den Opfern befanden sich auch Menschen, die nicht an den Protesten beteiligt waren und sich lediglich zur falschen Zeit in der Nähe der Proteste aufhielten (Kiskila 2022).

83; Voulgaris 2017: 72). So beteiligten sich 1976 landesweit über 200.000 Menschen an Streiks; 1980 waren es sogar über eine Million (Ioannou 2000: 9).

Trotz dieser gesellschaftlichen Veränderungen, empfanden insbesondere die um den polytechnischen Aufstand politisierten Aktivist*innen, die sich radikale, gesellschaftliche Veränderungen erhofft hatten, die neue demokratische Ordnung als unzureichend (Kassimeris 2005: 745). Die Verfassung hatte sich geändert, allerdings ohne, dass »eine systematische Säuberung der Bürokratie und des Polizeiapparats« stattgefunden hatte, weshalb »Schlüsselsektionen des Staates in den Händen der alten Ordnung blieben« (Kassimeris 2005: 745). Die Gewerkschaftsrechte waren zwar ausgeweitet worden, allerdings befanden sich die griechischen Gewerkschaften in einer engen ökonomischen und politischen Abhängigkeitsbeziehung zum Staat.²³ Eine vom Staat unabhängige »politische Willensbildung und Positionierung der Gewerkschaften« wurde somit »dauerhaft verhindert« (Kritidis 2014a: 63; s.a. Kitis 2015:7; Iannou 2000: 31; Voulgaris 2017: 249). Die starke Abhängigkeit vom Staat führte dazu, dass die Gewerkschaften, ebenso wie die parlamentarische Linke ab Mitte der 1970er Jahre einen eher gemäßigten politischen Kurs verfolgten. Diesem begegneten die post-polytechnischen Aktivist*innen mit Kritik und Ablehnung (Kassimeris 2005: 745; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 92; Kitis 2015: 7). Desillusioniert vom moderaten Kurs der parlamentarischen Linken, gründeten viele Aktivist*innen Mitte der 1970er Jahre in Griechenland ihre eigenen außerparlamentarischen Gruppen und Organisationen (Kassimeris 2000: 56–57, 2005: 745; Budgen/Sotiris 2015; Kitis 2015: 7). Insbesondere der reformistische Kurs der KKE und ihre Bestrebungen, sozialen Wandel innerhalb der parlamentarischen Institutionen herbeizuführen, führten dazu, dass außerparlamentarische Gruppierungen ab Mitte der 1970er Jahre wie Pilze aus dem Boden schossen (Kassimeris 2005: 756; Budgen/Sotiris 2015). Innerhalb von zwei Jahren entstanden nicht nur neue anarchistische Gruppierungen (Kritidis 2014b: 71), sondern auch eine »Fülle« an »kleinen, aber sehr aktiven« maoistischen, trotzkistischen und marxistischen Gruppen (Kassimeris 2000: 56). Von Mitte bis Ende der 1970er Jahre organisierten die verschiedenen Gruppierungen zahlreiche Demonstrationen und wilde Streiks in Fabriken (Kassimeris 2005: 750; Katsoridas/Lampousaki 2012: 83–84). In diese Phase ist auch die Gründung bewaffneter und militanter linksradikaler Untergrundgruppen, wie Revolutionäre Organisation 17. November (*Epanastatiki Organosi 17 Noembri*, kurz: 17N) und Revolutionärer Volkskampf (*Epanastatikos Laikos Agonas*, kurz: ELA) einzuordnen (Kassimeris 2000; Kitis 2015:7).

Insbesondere in den Universitäten breitete sich in dieser Zeit der politische Einfluss anarchistischer und politisch linker Gruppierungen aus (Alkis 2010: 26; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 94; Kitis 2015: 6; Tsakiris 2019). Gemeinsam mit Student*innen organisierten politische Aktivist*innen im Dezember 1979 landesweit Proteste gegen bevorstehende Bildungsreformen und besetzten mehrere Universitäten in Athen (Tsakiris 2019). Der Großteil der parlamentarischen Linken, allen voran die KKE, positionierte sich allerdings gegen die Aktivist*innen und ihre Besetzungen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011:

23 Während die Gewerkschaften der Bereiche Bildung, Industrie und Bau von den Gewerkschaften der KKE kontrolliert wurden, standen die öffentlich Beschäftigten unter dem Einfluss von der PA-SOK nahestehenden Gewerkschaften (Kritidis 2014b: 64).

94). Innerhalb der KNE führten die Hochschulbesetzungen zu Konflikten und letztendlich zu einer Spaltung in Befürworter*innen und Gegner*innen der Besetzungen (Tsakiris 2019; s.a. Budgen/Sotiris 2015). Jene KNE-Mitglieder, die die Hochschulbesetzungen begrüßten, wandten sich in einem offenen Brief an das Zentralkomitee der KKE, in dem sie sich kritisch über die Strategie und die Haltung der Partei bei Protesten äußerten (Tsakiris 2019). Obwohl die Hochschulbesetzungen innerhalb der parlamentarischen Linken umstritten waren, gelang es der Besetzungsbewegung – auch außerhalb der Universitäten –, hunderttausende Menschen zu mobilisieren. Die Besetzungsaktionen weiteten sich auf das ganze Land aus. Unter dem Druck der anhaltenden Proteste, zog die griechische Regierung ein Jahr später die bereits eingeführte Bildungsreform zur Privatisierung von Hochschulen wieder zurück (G Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 97; Budgen/Sotiris 2015; Antonopoulos 2017; Tsakiris 2019). Von da an etablierten sich Hochschulbesetzungen als festes Aktionsrepertoire der sozialen Bewegungen in Griechenland (G Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 94; s.a. Tsakiris 2019).

4.5.3 Schwächung der Linken und Aufstieg der anarchistischen Bewegung (1981–1989)

Gegen Ende der 1970er Jahre ging die griechische Regierung immer härter gegen Proteste und Streiks vor, weshalb sich die Konflikte zwischen der Regierung und den sozialen Bewegungen zuspitzten (Katsoridas/Lampousaki 2012: 84). Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1981 verlor die ND ihr Amt als Regierungspartei an die PASOK, die mit weitreichenden demokratischen Versprechen eine Alleinregierung antrat (Alkis 2010: 27; Katsoridas/Lampousaki 2012: 84). Tatsächlich schaffte die neue Regierung mehrere repressive, seit der Bürgerkriegszeit bestehende Gesetze ab (Alkis 2010: 28) und führte mit dem Gesetz Nr. 1268–1982 das Universitätsasyl ein,²⁴ das fortan öffentlichen Sicherheitskräften, von wenigen Ausnahmen abgesehen, den Zutritt zum Universitätsgelände untersagte. Neben mehreren sozialpolitischen Reformen (siehe Abschnitt 4.2) ergriff die PASOK-Regierung zudem Maßnahmen zur »Demokratisierung« der Gewerkschaften und anderer politischer Institutionen (Voulgaris 2017: 93). So führte sie 1982 das Gesetz für die »Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung und die Etablierung gewerkschaftlicher Freiheiten von Arbeitern« ein (Katsoridas/Lampousaki 2012: 83). Das neue Gesetz räumte den Basisgewerkschaften u.a. das Recht ein, Entscheidungen auf der Ebene der Vollversammlung beschließen zu können (Katsoridas/Lampousaki 2012: 83).

Auch wenn die Gewerkschaften und andere Arbeitnehmer*innenorganisationen weiterhin in starker Abhängigkeit vom Staat verblieben – insbesondere, weil die PASOK in den Gewerkschaftsdachverbänden die fraktionelle Mehrheit bildete (Kritidis 2010: 833) – verfügten die Gewerkschaften fortan über einen vergrößerten Handlungsspielraum (Voulgaris 2017: 94). Und auch die PASOK-Regierung profitierte in politischer Hinsicht von den Reformen. Durch die sozialpolitischen Maßnahmen und die Erweiterung demokratischer Rechte gelang es ihr, die Interessen weiter Teile der Gesellschaft

24 Die aktuelle ND-Regierung hat das Gesetz nach ihrem Regierungsantritt im Sommer 2019 wieder abgeschafft (CrimethInc 2019).

zu repräsentieren (Voulgaris 2017: 94; s.a. Kritidis 2010: 832). Ihr gelang es sogar, die Interessen eines Großteils der außerparlamentarischen Linken zu absorbieren – was langfristig zu einer »Institutionalisierung« der außerparlamentarischen Linken führte (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 95; s.a. Alkis 2010: 28–29). Diese hatte zur Folge, dass die »Besessenheit« von der Gründung links-außerparlamentarischer Parteien Anfang der 1980er Jahre ein Ende nahm (Budgen/Sotiris 2015). Gleichzeitig sank die Anzahl von Demonstrationen und Arbeitsstreiks (Katsoridas/Lampousaki 2012: 84). Auf die Institutionalisierung der außerparlamentarischen Linken reagierte insbesondere die junge Generation mit Misstrauen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 95). Sie wendete sich nicht nur von der PASOK, sondern auch von der KKE ab. So traten Anfang der 1980er Jahre tausende junge Menschen aus der PASOK und der KKE aus. Viele von ihnen, darunter insbesondere Student*innen, schlossen sich stattdessen Gruppierungen verschiedener anarchistischer Strömungen an (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 93; Kritidis 2014b: 75; Kitis 2015: 10; Siapera/Theodosiadis 2017: 508). Während also die politische Linke unter der PASOK-Regierung geschwächt wurde, trat die anarchistische Bewegung in den Vordergrund (Malamidis 2021: 67). Mit ihr etablierten sich neue selbstorganisierte Alltagsstrukturen jenseits des traditionellen und universitären Umfelds der sozialen Bewegungen (Kitis 2015: 13). Im Athener Stadtteil Exarchia, in dem sich die polytechnische Hochschule befindet und dem seit dem Novemberaufstand 1973 eine wichtige symbolische und historische Bedeutung für selbstorganisierten Widerstand in Griechenland zugeschrieben wird, gründeten Mitglieder aus dem anarchistischen Spektrum eine Vielzahl selbstverwalteter Sozialzentren, sogenannte *stekia* (Treffpunkte). Das wichtigste Entscheidungs- und Organisationsorgan dieser Sozialzentren war die Vollversammlung. Entscheidungen trafen die Mitglieder gemeinsam und nach dem Konsensprinzip, wobei alle Mitglieder das gleiche Stimmrecht besaßen (Karamichas 2009: 291; Kornetis 2010: 183; Kitis 2015: 10–11). Neben den Sozialzentren entstanden in den frühen 1980er Jahren in Athen (und später in Thessaloniki) zudem die ersten Hausbesetzungsprojekte, in denen mit alternativen Lebensformen experimentiert wurde (Alkis 2010: 28). Neben Anarchist*innen traten zu dieser Zeit vermehrt auch Subkulturen aus dem Punk-Spektrum und andere Gegenkulturen auf die Bildfläche (Budgen/Sotiris 2015).

Die zunehmende Präsenz der neuen widerständigen Subkulturen trat schon bald auf die Ablehnung der griechischen Regierung. Am 28. September 1984 unternahm die Regierung unter dem Namen *Epixeirisi Areti* (Operation Tugend), eine erste polizeiliche »Säuberungsaktion« in Exarchia (Eleftherotypia 2007; Antonopoulos 2017). Die von der Regierung erhoffte Schwächung und Zerstreuung der politischen Gruppierungen blieb allerdings aus. Die staatliche Operation schweißte die verschiedenen politischen Gruppen stärker zusammen, wodurch die Weichen für eine kohärente anarchistische Bewegung in Griechenland gestellt wurden (Kitis 2015: 9–10). Einen Zuwachs erlebte die Bewegung vor allem vor dem Hintergrund des 1985 von der Regierung eingeführten Stabilisierungsprogramms (siehe Abschnitt 4.2). Die damit verbundenen Reformen stießen sowohl bei der unteren Mittelschicht (Sotiris 2013: 62; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 102) als auch bei der griechischen Jugend, die unabhängig von ihrer Schichtzugehörigkeit von den »neoliberalen Maßnahmen und repressiven staatlichen Kampagnen« besonders betroffen war, auf große Ablehnung und auf Widerstand (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 93). Infolge der Implementierung der Lohn- und Rentenreformen er-

reichten die Arbeitsstreiks in Griechenland zwischen 1985 und 1987 neue Rekordzahlen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 84). Begleitet wurde die Durchsetzung der Reformen von einer zunehmenden staatlichen Repression gegen die sozialen Bewegungen, vor deren Hintergrund die gesellschaftliche Zustimmung zur politischen Ordnung weiter erodierte. Insbesondere junge Menschen machten nicht nur die Regierung für die Umsetzung der Reformen verantwortlich, sondern auch die parlamentarische Linke und die Gewerkschaften, die dem politischen Kurs der Regierung keine Alternativen entgegengesetzt hatten (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 95).

Die Folge war, dass sich antistaatliche Haltungen bei der jungen Generation verfestigten (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 95–96; Kritidis 2014b: 71) und die Partizipation in selbstorganisierten Protesten zunahm (Sotiropoulos 2004: 8; Vradis/Dalakoglou 2009: 127; Kalyvas 2010: 362; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 101). So besetzten Studierende und Aktivist*innen im Mai 1985 in Reaktion auf anhaltende polizeiliche Säuberungsaktionen und von der Regierung angeordnete Protestverbote für vier Tage die Chemiefakultät der Universität Athen (Eleftherotypia 2007; Antonopoulos 2017). Insbesondere der Mord an dem 15-Jährigen Michalis Kaltezas durch einen Polizisten bei der alljährlichen Demonstration in Gedenken an den Novemberaufstand 1973 löste Ende 1985 eine zwei Jahre anhaltende neue Welle von landesweiten Hochschul- und Schulbesetzungen aus (Eleftherotypia 2007; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 95). Verstärkt wurde die Abneigung der Jugend gegenüber der institutionellen Politik durch Korruptionsskandale der PASOK und durch die »ideologische Krise« der KKE (Kritidis 2014b: 77). Diese hatte Ende der 1980er Jahre, in Reaktion auf den Zerfall der Sowjetunion, einen politischen Kurswechsel eingeleitet. Gemeinsam mit anderen linken Parteien und Organisationen, schloss sich die KKE 1989 zum Wahlbündnis Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (*Synaspismos tis Aristeras, ton Kinimaton kai tis Oikologias*, kurz: SYNASPISMOS) zusammen.²⁵ SYNASPISMOS brachte es bei den Parlamentswahlen am 18. Juni 1989 auf 13 Prozent aller Wahlstimmen, womit ihr Stimmenanteil über dem der PASOK lag. Diese musste einen Stimmenverlust von knapp 7 Prozent hinnehmen. Gegen den Willen vieler Mitglieder und Anhänger*innen der KKE, beteiligte sich SYNASPISMOS gemeinsam mit der ND von Juni 1989 bis Oktober 1989 an einer kurzlebigen Koalitionsregierung. Die Beteiligung des linken Bündnisses an einer Koalition mit einer rechtskonservativen Partei wurde von einem Großteil der politischen Linken als »Verrat« gewertet (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 99). Infolgedessen geriet die KKE in eine innerparteiliche Krise, die zu einer Spaltung der KKE führte (Budgen/Sotiris 2015). Zahlreiche KKE- und KNE-Mitglieder traten aus der Partei aus (Kritidis 2014b: 77). Von inneren Konflikten zerrissen, stieg SYNASPISMOS nach nur vier Monaten aus der Regierungskoalition aus, sodass sich die griechische Regierung auflösen musste und im November 1989 durch eine parteiunabhängige Übergangsregierung (1989–1990) ersetzt wurde.

4.5.4 Gesellschaftliche Ausbreitung selbstorganisierten Protests (1990–1999)

Anfang der 1990er Jahre wurde Griechenland von einer weiteren Protestwelle gegen Sozialreformen erfasst. Die Proteste waren eine Reaktion auf weitere Arbeitsmarkt-

25 1991 erfolgte die Gründung der Partei SYNASPISMOS.

reformen und Privatisierungen, die die im April 1990 unter der Beteiligung aller im Parlament vertretenen Parteien gebildete Koalitionsregierung unter dem ND-Vorsitzenden Konstantinos Mitsotakis (1990–1993) zu implementieren plante (Kritidis 2014b: 77–78). Bei den griechischen Gewerkschaften stießen die geplanten Maßnahmen auf großen Widerstand. Durch eine Reihe von Demonstrationen und Streiks gelang es den Gewerkschaften sogar, die Umsetzung mehrerer Maßnahmen zu verhindern (Kritidis 2014b: 77). Dabei war der Erfolg des gewerkschaftlich organisierten Widerstands auf die neue Zusammensetzung der Gewerkschaften zurückzuführen. Viele aus der KKE ausgetretenen Aktivist*innen gründeten Anfang der 1990er Jahre nicht nur neue linke Parteien, sondern partizipierten auch zunehmend innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen, was eine Radikalisierung gewerkschaftlicher Aktivitäten nach sich zog (Budgen/Sotiris 2015). Mitglieder der neu gegründeten Partei Neue Linke Strömung (*Neo Aristera Reuma*, kurz: NAR) beteiligten sich zudem an den Anfang der 1990er Jahre landesweit stattfindenden Hochschulbesetzungen. Diese richteten sich gegen geplante Privatisierungs- und Kürzungsmaßnahmen in der Bildung (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 105; Budgen/Sotiris 2015). Im Januar 1990 – nach dem Freispruch des Polizisten, der 1985 Michalis Kaltezas erschossen hatte – besetzten anarchistische Aktivist*innen und Student*innenvereinigungen gemeinsam die polytechnische Hochschule in Athen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 99; Antonopoulos 2017). Die selbstorganisierte Hochschulbesetzung dauerte fast einen Monat. Die Besetzer*innen bildeten Arbeitsgruppen zur Selbstversorgung und zur Bewachung der Besetzung (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 100). Im November desselben Jahres waren fast alle Hochschulen und Schulen im ganzen Land besetzt. Die bis dahin größte Besetzungsbewegung in der Protestgeschichte Griechenlands dauerte drei Monate. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes waren in jeder Stadt Schulen und Universitäten besetzt (Vradis/Dalakoglou 2009: 127; Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 100). Die hohe Beteiligung an den selbstorganisierten Besetzungsaktionen zeigte deutlich, wie sehr das Vertrauen in die parlamentarische Linke, die aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung für die Implementierung der Bildungsreformen und anderer Sozialreformen mitverantwortlich gemacht wurde, gesunken war. Entsprechend lautete ein Slogan der Besetzungsbewegung: »Wenn ihr [die Massenparteien] mit dem Parlament übereinstimmt, sind wir die einzige Opposition« (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 101). Räumlich beschränkten sich die mehrmonatigen Proteste nicht nur auf die Schulen und Hochschulen. Um auf die Besetzungen öffentlich aufmerksam zu machen, errichteten Student*innen und Schüler*innen in Athen auch Straßenblockaden (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 103). Durch diese Protestformen und andere »Taktiken der städtischen Wiederaneignung« gelang es der Protestbewegung die Unterstützung breiter Teile der Gesellschaft zu gewinnen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 103, s.a. Kritidis 2014b: 80).

Im Januar 1991 endete die Besetzungswelle mit einem tragischen Ereignis in einer besetzten Schule in der Hafenstadt Patras. Dort lieferten sich Schüler*innen schwere Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der Jugendorganisation der Neuen Demokratie (*Organosi Neon Neas Dimokratias*, kurz: ONNED), die ein Ende der Besetzungen forderten. Der Lehrer Nikos Temponeras, der die Schulbesetzungen unterstützte, wurde dabei durch den lokalen Vorsitzenden von ONNED, Jannis Kalabokas, getötet. Anlässlich seines Todes fanden in Athen und anderen Städten zunächst für mehrere Tage Proteste

und gewaltvolle Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei statt. Bei Protesten in Athen starben vier Personen in einem Kaufhaus, das von der Polizei in Brand gesetzt wurde (Theodorou 2010).²⁶ Kurz darauf endeten die landesweiten Besetzungen. Nach dem Tod von Temponeras trat der Bildungsminister Vasilis Kontogiannopoulos von seinem Amt zurück. Auch die geplante Bildungsreform wurde von der Regierung zurückgezogen (Kritidis 2014b: 78; San Simera 2022). Die Ereignisse hielten die Regierung allerdings nicht davon ab, zeitgleich weitere Sozialreformen anzukündigen. Auf Ausgabenkürzungen, Arbeitsmarktreformen und Privatisierungen staatlicher Betriebe antworteten Beschäftigte und Gewerkschaften mit weiteren Streiks (Katsoridas/Lampousaki 2012: 84–85.; Kritidis 2014b: 78). Dabei zeigte sich die Wirkung der selbstorganisierten Besetzungen 1990/1991 auf den Protest (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 102). Besetzungen öffentlicher Institutionen und Straßenblockaden schienen nun auch bei anderen Teilen der Gesellschaft eine weitgehende Zustimmung zu erfahren (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 102).

So führten Landwirt*innen und Hafenarbeiter*innen Anfang der 1990er Jahre für mehrere Wochen Straßenblockaden durch. Der Streik von Lehrer*innen und Angestellten des öffentlichen Verkehrs fand über mehrere Monate und in hohem Maße selbstorganisiert statt (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 105). Im Falle des Lehrkräftestreiks von Angestellten der staatlichen Zulassungsstelle für Lehrkräfte (*Anotato Simvoulia Epilogis Prosopikou*, kurz: ASEP) gegen die Umstrukturierung der Zugangsvoraussetzungen mündete der Protest in einer mehrtägigen Besetzung des Zentralgebäudes der ASEP (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 108). Insgesamt war Anfang der 1990er Jahre somit eine Radikalisierung von gesellschaftlichem Protest allgemein zu beobachten. Diese war einerseits dem Einfluss der anarchistischen Bewegung und der Besetzungen 1990/1991 geschuldet, andererseits aber auch auf die Ineffizienz der parlamentarischen Linken zurückzuführen, die sich als weitgehend unfähig erwiesen hatte, politische Alternativen zur neoliberalen Umstrukturierung zu eröffnen und die Interessen und Forderungen von Beschäftigten zu repräsentieren (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 101–102).

Als an der Regierung beteiligte Partei wirkte die KKE an der Durchsetzung von Sozialreformen mit. Ab Mitte der 1990er Jahre begannen auch die Gewerkschaften – trotz des Zulaufs an Mitgliedern aus dem Spektrum der politischen Linken – einen immer weniger konfrontativen Kurs gegenüber der Reformpolitik der Regierung einzunehmen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 85; Karyoti 2012: 167). Zwar profitierten die Gewerkschaften von der 1990 eingeführten Reformierung des Tarifvertragssystems, das es den Gewerkschaften erstmals ermöglichte, freie Tarifverhandlungen zu führen (Karyoti 2012: 167; Schulten 2015: 1). Die »Teilhabe an den Prozessen der Sozialpartner*innenschaft« führte allerdings auch zu einer zunehmenden »Bürokratisierung« der Gewerkschaften, aus der wiederum eine zunehmende Distanzierung zwischen der Gewerkschaftsführung und ihrer Basis resultierte (Karyoti 2012: 167). Kürzungen in der staatlich geförderten Finanzierung von Gewerkschaften und Privatisierungen erschweren die Gewerkschaftsarbeit zusätzlich (Ioannou 2000: 11; Kouzis 2007: 175–177; Karyoti

26 Der Brand wurde durch Bombenangriffe der Polizeikräfte ausgelöst. Als die Feuerwehr eintraf, um den Brand zu löschen, wurde sie von den Polizist*innen angegriffen und somit daran gehindert, den Brand frühzeitig zu löschen (Theodorou 2010).

2012: 167). Zum einen führte die Umstrukturierung der Gewerkschaften dazu, dass sich die gewerkschaftliche und kollektive Organisation allgemein veränderte (Karyoti 2012: 167). Zum anderen machte sie sich durch rapide sinkende Streikzahlen bemerkbar (Katsoridas/Lampousaki 2012: 85). Während 1990 landesweit 265 Streiks mit über zwei Millionen Teilnehmenden stattgefunden hatten, waren es 1994 nur noch 56 Streiks mit lediglich knapp über 200.000 Teilnehmenden (Ioannou 2000: 9). Trotz der abnehmenden Streikzahlen fanden zwischen Mitte und Ende der 1990er Jahre weiterhin Proteste von Beschäftigten statt; auch der Widerstand von Student*innen und Schüler*innen gegen erneut drohende Bildungsreformen setzte sich fort (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 106). Schließlich gipfelten die Bildungsproteste 1998 in den nächsten landesweiten Besetzungen von Schulen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 107; Kritidis 2014b: 80).

4.5.5 Themenfokussierte Proteste, Arbeitsstreiks und neue gewerkschaftliche Organisationsformen (2000–2008)

Das neue Jahrtausend startete in Griechenland mit einer neuen Runde von Generalstreiks gegen die von der Regierung angekündigte Reformierung des Sozialversicherungssystems. Da öffentlich und privat Beschäftigte von den Reformen gleichermaßen betroffen waren, beteiligten sich weite Teile der Gesellschaft an den Protestaktionen. An einem Generalstreik im Mai 2001 nahmen selbst Beschäftigte aus Berufsbranchen teil, die nicht von den Gewerkschaftsdachverbänden repräsentiert wurden. 2001 nahmen 75 Prozent der öffentlich und 100 Prozent der privat Beschäftigten an Streiks teil (Katsoridas/Lampousaki 2012: 86). Parallel zu den Arbeitsstreiks entstanden zu Beginn der 2000er Jahre eine Reihe themenfokussierter sozialer Bewegungen. Ihre Gründung war von der Antiglobalisierungsbewegung 2000/01 beeinflusst, an der tausende griechische Aktivist*innen aus dem Umfeld der anarchistischen Bewegung und der außerparlamentarischen Linken teilgenommen hatten (Sotiropoulos 2004: 16–17; Kritidis 2010: 835; Malamidis 2021: 69). Themen wie Umwelt, Recht auf die Stadt, basisgewerkschaftliche Proteste, Antirassismus, Frieden und Solidarität mit Migrant*innen gelangten erstmals auf die Agenda der sozialen Bewegungen in Griechenland. Neben Aktivist*innen aus dem anarchistischen und linksaußerparlamentarischen Spektrum beteiligten sich auch andere Teile der Gesellschaft, darunter erstmals auch Migrant*innen, an themenfokussierten Initiativen (Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 108). Aus der Dynamik der neuen Bewegungen gingen neue politische Projekte hervor. 2001 wurde die Internetplattform *Athens Indymedia* gegründet; 2003 erfolgte die Gründung der Antiautoritären Bewegung (*Antixousiastiki Kinisi*, kurz: AK). Im Versuch, die neuen Themen der sozialen Bewegungen in Griechenland gemeinsam anzugehen und dabei die Diskrepanz zwischen der institutionellen und der nichtinstitutionellen Linken zu verringern, schlossen sich 2004 zudem mehrere Organisationen und Parteien der Linken – darunter SYNASPISMOS – zum Wahlbündnis SYRIZA zusammen.

Im gleichen Jahr übernahm die ND, nachdem sie für eine längere Zeit die politische Opposition gebildet hatte, die Alleinregierung. Unter der ND-Regierung (2004–2009) verschärfte sich der von der Vorgängerregierung eingeschlagene Reform- und Modernisierungskurs, was zu einem Ansprung von Arbeitsstreiks führte. So streikten zwischen März und Dezember 2006 landesweit verschiedene Berufsbranchen gegen

Arbeitsmarktreformen und betriebliche Privatisierungen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 87–88). Als besonders herausragend stellte sich der sechs Wochen andauernde Streik von Lehrer*innen heraus. So beteiligten sich während des Streiks mehrere zehntausend Menschen an Demonstrationen in Solidarität mit den streikenden Lehrer*innen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 87). Den Forderungen der Streikenden nach freier Bildung und nach Ausgabenerhöhungen kam die Regierung zwar nicht nach, dafür weiteten sich die Streiks ab Mai 2006 zu 18 Monaten andauernden Bildungsprotesten aus. In deren Rahmen fanden neben Großdemonstrationen auch selbstorganisierte Streiks und Hochschulbesetzungen statt (G Giovanopoulos/Dalakoglou 2011: 109; Katsoridas/Lampousaki 2012: 88). Viele bislang protestunerfahrene Studierende partizipierten an Hochschulbesetzungen, die weitgehend ohne die Unterstützung der an den Hochschulen präsenten Jugendorganisationen der parlamentarischen Linken stattfanden (Katsoridas/Lampousaki 2012: 88).

Infolge der Ankündigung neuer Privatisierungen und Sozialreformen fanden zwischen Winter 2007 und Herbst 2008 zudem weitere branchenspezifische Streiks sowie Generalstreiks statt, die mit bis zu 150.000 Teilnehmenden Rekordzahlen erzielten. So streikten Bankangestellte im März 2008 über einen Monat gegen die Fusionierung ihres Betriebs. Im Falle des mehrwöchigen Streiks von 8000 Angestellten der Olympischen Airline im September 2008 gegen Massenentlassungen kam es sogar zeitweilig zu Betriebsbesetzungen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 89). Die Streikdynamik, die sich Ende der 1990er Jahre verlangsamt hatte, schien Ende der 2000er Jahre trotz der Reformierung der Gewerkschaften somit neuen Schwung zu nehmen. Dabei sind der Anstieg und die Radikalisierung von Streiks nicht nur auf eine Verschärfung von Sozialreformen zurückzuführen, sondern auch auf neue Formen gewerkschaftlicher Organisation. In dem Versuch, eine militantere konfrontativere Form von gewerkschaftlichem Aktivismus zu schaffen, schlossen sich 1999 der KKE nahestehende Basisgewerkschaften zur Gewerkschaftsorganisation Arbeiter*innen übergreifende Kampffront (*Panergatiko Agonistiko Metopo*, kurz: PAME) zusammen. Als eine der KKE ideologisch und politisch nahestehende Organisation konnte sich PAME zwar nur wenig eigenständig entwickeln, trotzdem spielt PAME aufgrund ihrer hohen Präsenz in den Betrieben und ihrer sehr großen Anhänger*innenschaft seither eine wichtige Rolle bei der Organisation von Gewerkschaftsstreiks. Über 230 Basisgewerkschaften, 18 Branchen- und Regionalverbände und 2500 gewählte Gewerkschafter*innen waren 2012 in der PAME organisiert (Kapsalis 2012: 25); die Mitgliederzahl betrug 850.000 (KKE 2012). Ihr Einfluss auf die Gewerkschaftsdachverbände ist nicht zu unterschätzen. So drängt PAME den GSEE seit Beginn der 2000er Jahre regelmäßig dazu, zu Generalstreiks aufzurufen (Karyoti 2012: 167). Neben PAME entstanden in den 2000er Jahren zudem vermehrt kleinere parteienunabhängige Basisgewerkschaften. Diese entstanden in dem Versuch, die seit Mitte der 1990er Jahre bestehende neue Kategorie der prekär Beschäftigten zu repräsentieren und zu organisieren (Vogiatzoglou 2014: 364 s.a. TPTG 2009: 125; Karyoti 2012: 167). Die ersten dieser »Gewerkschaften für prekär Beschäftigte« (Vogiatzoglou 2014: 364) entstanden in Berufsbranchen, in denen die Beschäftigten besonders stark von schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigerer Entlohnung betroffen und üblicherweise nicht oder nur in geringem Maße gewerkschaftlich organisiert waren (Kaplanis 2010: 224; Kapsalis 2012: 26; Sotiris 2013: 65; Vogiatzoglou 2014: 364). Zu diesen Branchen gehören u.a. die

Bereiche Gastronomie, Raumpflege und Lieferdienste (Vogiatzoglou 2014: 364). Formal gesehen sind diese Basisgewerkschaften zu einem Großteil innerhalb der Strukturen des GSEE vertreten. Dabei verfügen sie allerdings über »einen relativ hohen Grad an Autonomie bezüglich ihrer politischen Linie und Strategie« (Zamponi/Vogiatzoglou 2015: 79). Insgesamt stehen die Basisgewerkschaften den Gewerkschaftsdachverbänden eher kritisch gegenüber (Kretsos 2011a: 274 Apostolos 2012: 26; Vogiatzoglou 2014: 364–365). Das hängt damit zusammen, dass ein Großteil der Basisgewerkschaften von Mitgliedern anarchistischer und linksradikaler Gruppierungen gegründet wurde (Karyoti 2012: 167; Zamponi/Vogiatzoglou 2015: 79; Kretsos 2011a: 268–269). Ähnlich wie die »traditionellen Gewerkschaften« (Vogiatzoglou 2014: 366) beziehen sich die Aktivitäten der Basisgewerkschaften insbesondere auf die Organisation von Streiks und die Teilnahme an Demonstrationen (Vogiatzoglou 2014: 365). Dabei zeichnen sich die Basisgewerkschaften allerdings durch Merkmale aus, die weniger denen hierarchisch organisierter Gewerkschaften als vielmehr denen sozialer Bewegungen entsprechen (Kretsos 2011a: 269; Vogiatzoglou 2014: 365). So verfügen sie formal zwar ebenfalls über Führungspositionen, darüber hinaus aber auch über »demokratische und partizipative« Strukturen (Kretsos 2011a: 269). Auch treten die Basisgewerkschaften in Tarifverhandlungen konfrontativer auf als die etablierten Gewerkschaften (Kretsos 2011a: 269). Angesichts der beschriebenen Dynamik von Arbeits- und Bildungsstreiks ab Mitte der 2000er Jahre ist das Ausmaß der Dezemberproteste 2008 wenig überraschend (Katsoridas/Lampousaki 2012: 89–90). Wie genau die Akteur*innen der Dezemberbewegung die Proteste organisierten, wird im folgenden Abschnitt beschrieben.

4.6 Protest- und Organisationsformen der Dezemberbewegung 2008

Noch in derselben Nacht, in der Alexis Grigoropoulos erschossen wurde, strömten tausende Menschen auf die Straßen im Zentrum von Athen, wo sie sich teilweise gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten. Einige Protestierende griffen zielgerichtet Polizeistationen, Banken und Kaufhäuser an oder plünderten Supermärkte. Diese gewaltvolle und kollektive Protestform, das *Rioting*²⁷, wendeten die Protestierenden während des gesamten Zeitraums der Proteste an (Kornetis 2010: 189; Schwartz et al. 2010; Kallianos 2011: 156–157). Auch viele Schüler*innen und Student*innen, darunter Menschen, die noch nie an Protesten teilgenommen hatten, kamen erstmals mit dem *Rioting* in Berührung (Kornetis 2010: 189; Bratsis 2010: 195; Sotiris 2010: 207; Kallianos 2011: 156). Im Athener Zentrum wurden vor allem Banken und Geschäfte zerstört. Dabei ging es den Protestierenden weniger darum sich »Computer, Kleidung oder Möbel« zu nehmen als um die »Freude an der Zerstörung dessen, was uns entfremdet: Das Spektakel des Produkts« (Katalipsi ASOEE 2008a).

27 Für eine Auseinandersetzung mit den Begriffen *Rioting* und *Riots* siehe Köse (2016).

Abbildung 1: Protestteilnehmende in Thessaloniki, 8. Dezember 2008



Foto: Nikolas Giakoumidis/Belfast Telegraph

Angriffe auf Polizeistationen fanden nicht nur im Stadtzentrum von Athen, sondern auch in den Vororten der Oberschicht statt (Kallianos 2011: 156–157). Protestteilnehmerin *Ka führt die Ausbreitung des *Rioting*, das traditionellerweise zum Aktionsrepertoire der anarchistischen Bewegung in Griechenland gehört, auf die fehlende Unterstützung der parlamentarischen Linken zurück:

»Fenster zerbrechen und Feuer legen, das sind mehr oder weniger Praktiken, die die griechische Gesellschaft mit den Anarchist*innen verbindet. Schüler*innen oder Student*innen, die Feuer legten oder Fenster zerbrachen, waren vorher nicht in anarchistischen Gruppen aktiv gewesen. Aber die Tatsache, dass fast alle linken Parteien eine sehr opportunistische Haltung gegenüber der Arbeiter*innenbewegung und ihrem Kampf gegen Arbeitsreformen hatten – sie haben sie überhaupt nicht unterstützt, die Linke – und andere Fehler, die die Linke gemacht hat. Also im Dezember haben einige Praktiken der Anarchist*innen in einem schwerwiegenden Grad stattgefunden« (Interview, *Ka, 22.09.2010).

Organisiert wurden die Protestaktionen in vielen Fällen über das Internet. Mithilfe der Internetplattform Indymedia, verschiedener Mailinglists und circa 80 neu gegründeten Weblogs, vernetzten sich die Aktivist*innen untereinander und teilten darüber hinaus Informationen über die Protestereignisse (Kornetis 2010: 185). Am Tag der Ermordung von Grigoropoulos verzeichnete die Indymedia-Website 601.313 Besuche. Am siebten Tag der Proteste lag die Zahl der Besuche bei knapp 10 Millionen (Metropolitan Sirens 2011: 140). Andere wichtige soziale Medien, über die sich die Protestteilnehmenden vernetzten, waren Twitter, Facebook, Youtube und Flickr (Metropolitan Sirens 2011: 141). Eini-

ge Protestteilnehmende erstellten eine digitale »Solidaritätskarte«,²⁸ auf der weltweit in Solidarität mit der Dezemberbewegung 2008 stattfindende Proteste markiert wurden (Metropolitan Sirens 2011: 145). Schüler*innen organisierten sich zudem zu einem Großteil über die Internetseite Schüler*innenkoordination Alexandros Grigoropoulos (*Syntonistiko Mathiton Alexandros Grigoropoulos*)²⁹, die von Freund*innen des verstorbenen Schülers ins Leben gerufen worden war (Kritidis 2009: 51). Mithilfe dieser Internetseite gelang es den Schüler*innen, ihre Protestaktionen in 44 griechischen Städten simultan durchzuführen (Kornetis 2010: 185). Insgesamt drückten die digitale Organisation und Koordinierung der Proteste dabei auch den Wunsch der jungen Protestteilnehmenden nach Nicht-Repräsentation aus. Es herrschte »ein großer Bedarf an Gegeninformation« (Metropolitan Sirens 2011: 39; s.a. Memos 2009: 227), wie Journalist und Protestteilnehmer *Al bestätigt:

»Plötzlich tauchten tausende Websites auf, machten Kommentare über Politik, über die Wirtschaft. Irgendwie hat ›Dezember‹ die Massenmedien dämonisiert [...] sie verloren den Kampf der Geschwindigkeit. *Athens Indymedia* hatte eine schnellere Berichterstattung als die Massenmedien. Das war das erste Mal in Griechenland. Es gab eine neue Haltung gegenüber den griechischen Massenmedien. Die Menschen versuchten, ihre eigenen alternativen Medien zu kreieren« (Interview, *Al, 13.09.2010).

Protestteilnehmer *So zufolge trugen die Sozialen Medien dazu bei, dass sich viele Menschen über die Protestereignisse informieren konnten und sich folglich mehr Menschen an den Protesten beteiligten:

»Ich erlebte die *Riots* 1985 mit. Dieses Mal waren die *Riots* viel größer als 1985, nur weil die Menschen sehr schnell darüber informiert werden konnten, was passiert war – vor allem über das Internet. 1985 mussten die Menschen alles durch das Fernsehen erfahren, es gab nur öffentliche Sender. Die *Riots* waren damals geringer [...] damals waren es Anarchist*innen, die demonstrierten und dieses Mal jede*r. Dies ist etwas, dass die Menschen bedenken sollten; wie sehr ein Ereignis sich ausbreiten kann oder nicht. Und wir müssen die Wahrheit auf der Straße erkennen. Wir müssen uns sofort gegenseitig informieren, anstatt unsere Information aus dem Fernsehen oder Radio zu erhalten« (Interview, *So, 27.09.2010).

Auch wenn Internetplattformen und Mailinglisten eine wichtige Rolle in der Organisation der Proteste spielten, so wurden insbesondere in Athen, dem Epizentrum der Mobilisierungen, Universitäten und Schulen als Versammlungs- und Organisierungsorte genutzt. Noch in der ersten Protestnacht besetzten Student*innen und Aktivist*innen aus dem anarchistischen und linksaußerparlamentarischen Spektrum gemeinsam die drei zentralen Universitäten im Zentrum von Athen – die Rechts- und Wirtschaftsfakultät sowie die polytechnische Hochschule (Interview, *Vi, 21.09.2010). In jeder besetzten

28 Die Karte findet sich unter: <http://greeksolidaritymap.blogspot.com>.

29 Der griechischsprachige Blog der Schüler*innenkoordination Alexandros Grigoropoulos findet sich unter: <http://syntonistikogrigoropoulos.blogspot.com>.

Universität³⁰ gab es eine Vollversammlung die jeden Abend »gegen sechs oder sieben« tagte (Interview, *Vi, 21.09.2010). In den gemeinsamen Treffen planten die Protestteilnehmenden Aktionen. Innerhalb der ersten Woche der Proteste wurden circa 150 Universitäten und 600 Schulen landesweit besetzt (Kalyvas 2010: 352). Für viele Schüler*innen war die Teilnahme an einer Besetzung eine neue Erfahrung. Schülerin *Re berichtet, wie sie gemeinsam mit ihren Mitschüler*innen die Deutsche Schule Athen besetzte und die Lehrer*innen sie dabei unterstützten:

»Es wurden viele Versammlungen organisiert von Schüler*innen in den Schulen. Meine Schule hatte eine große Versammlung organisiert. Meine Schule ist eine Privatschule. Man kann eigentlich dort so was nicht machen. Es ist verboten. Aber es wurden sehr große Demonstrationen organisiert, von den Schüler*innen. Das ist das erste Mal, dass so etwas passiert ist. Das war etwas sehr Neues für die Schule und auch die Lehrer*innen, sie haben auch teilgenommen. Einige haben geholfen und andere haben auch teilgenommen. Das war sehr schön. Der Direktor wollte nicht, dass die Schüler*innen demonstrieren und er hat die Türen geschlossen. Und wir konnten nicht rausgehen. Und es gab einige Lehrer*innen, die die Türen aufgemacht haben und wir konnten weggehen« (Interview, *Re, 22.09.2010).

Neben Universitäten und Schulen besetzten Protestteilnehmer*innen kurzzeitig Rathäuser und andere öffentliche Institutionen sowie Fernseh- und Radiostationen, Anwalt*innenkammern und Theater. Schüler*innen und Student*innen übernahmen dabei eine zentrale Rolle in den Besetzungsaktionen. Die Fernseh-Liveübertragung einer Parlamentsrede des Ministerpräsidenten Konstantinos Karamanlis wurde am 16. Dezember 2008 durch circa 30 Schüler*innen unterbrochen, die den staatlichen Fernsehsender Griechisches Radio und Fernsehen (*Elliniki Radiofonia Tileorasi*, kurz: ERT) für einige Stunden besetzt und mitten in der Liveübertragung ein Banner mit der Aufschrift »Hört auf fern zu sehen – alle auf die Straße, Freiheit für uns alle, sofortige Freilassung aller Häftlinge³¹« hochgehalten hatten (Occupation ERT 2008). Auch in anderen Städten besetzten Schüler*innen kurzzeitig Fernseh- und Radiosender (Stevens 2008; Schrader 2008b). Am 17. Dezember 2008 besetzten Student*innen sogar kurzzeitig die Akropolis, wo sie ein viersprachiges Banner mit der Aufschrift »Widerstand« aufhängten und zur landesweiten Fortsetzung der Proteste aufriefen (Deutsche Welle 2008). Archäolog*innen, die sich Tage zuvor aufgrund von Lohnkürzungen im Streik befunden hatten, unterstützten die Aktion. Noch am selben Tag besetzten prekär Beschäftigte das Zentralgebäude der GSEE in Athen. In einer öffentlichen Erklärung hinterfragten die Besetzer*innen die repräsentativen Organisationsformen der Gewerkschaftselite und forderten die Selbstorganisation von Arbeiter*innen:

30 Die Blogs der besetzten Hochschulen finden sich unter: <http://katalipsiasoe.blogspot.com/>, www.nomikikatalipsi.blogspot.com und <http://katalipsipolytexneiou.blogspot.com>.

31 Zwischen dem 6. und 21. Dezember 2008 wurden landesweit 246 Protestteilnehmende festgenommen und 66 inhaftiert. Teilweise wurden Gefängnisstrafen von bis zu 18 Monaten verhängt. Unter den Inhaftierten befanden sich viele Migrant*innen, die sich an den Protesten beteiligten (Katalipsi ASOE 2008b).

»Wir – Arbeiter*innen, Angestellte, Arbeitslose, Zeitarbeiter*innen, Einheimische und Migrant*innen – [...] Seit dem Mord an Alexandros Grigoropoulos Samstagnacht nehmen wir an den Demonstrationen, den Auseinandersetzungen mit der Polizei, den Besetzungen im Stadtzentrum und den anderen Vierteln teil. Immer wieder mussten wir die Arbeit und unsere anderen Verpflichtungen stehen lassen, um mit den Schüler*innen, Student*innen und den anderen kämpfenden Proletarier*innen auf die Straße zu gehen [...] WIR HABEN BESCHLOSSEN, DAS GSEE-GEBÄUDE ZU BESETZEN [...]

- um es in einen Raum für freie Diskussion und in einen Treffpunkt für Arbeiter*innen zu verwandeln [...]
- um die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven, die den Aufstand – und nicht nur diesen – untergräbt. Der GSEE und der gesamte ihn unterstützende Apparat unterminieren seit Jahrzehnten die Kämpfe [...]
- um erstmalig einen Ort zu öffnen, der durch unsere Beiträge zwar gebaut wurde, von dem wir aber bislang ausgeschlossen waren. Dies in Fortsetzung der vom Aufstand selbst geschaffenen sozialen Öffnung. All die Jahre vertrauten wir unser Schicksal Retter*innen aller Art an, um schließlich unsere Würde zu verlieren. Als Arbeiter*innen müssen wir anfangen, die Verantwortung für uns selbst zu übernehmen, statt unsere Hoffnungen auf weise Führer*innen oder »fähige« Repräsentant*innen zu richten. Wir müssen unsere eigene Stimme erlangen, uns treffen, reden, entscheiden und handeln [...] Die Schaffung von kollektivem »Graswurzel«-Widerstand ist der einzige Weg.
- um die Idee der Selbstorganisation und der Solidarität am Arbeitsplatz, der Streikkomitees und einer kollektiven Graswurzel-Arbeit zu verbreiten, um die Gewerkschaftsbürokrat*innen zu entmachten [...]« (GSEE Freezone 2008).

Einen Tag nach der Besetzung des GSEE-Zentralgebäudes in Athen besetzten Protestierende in der Hafenstadt Patras ebenfalls ein Gewerkschaftsgebäude. Dabei sprachen sie sich gegen die Pro-Regierungshaltung der Gewerkschaften aus und forderten einen unbefristeten Generalstreik (Stevens 2008). Die GSEE-Führung kritisierte die Besetzung in Patras ebenso wie die in Athen und bezeichnete die Protestaktionen als »falsches Ziel« (Schrader 2008a), da nicht der GSEE für die gesellschaftlichen Missstände im Land verantwortlich sei (Stevens 2008). Neben vielen kurzzeitigen Besetzungen von Schulen, Universitäten, Rathäusern und Gewerkschaftszentralen traten Beschäftigte verschiedener Berufszweige um den 20. Dezember 2008 herum in den Arbeitsstreik. Scheinbar hatten sie sich von der Dezemberbewegung 2008 dazu inspirieren lassen (Stevens 2008). Parallel war eine weitere Entwicklung zu beobachten. Überall im Land wurden selbstorganisierte Nachbarschaftsversammlungen gegründet, auch »in vielen Gegenden Griechenlands, in denen es noch nie Versammlungen gegeben hatte« (Mi 2010: 229). Zwischen Anfang Dezember 2008 und Anfang Januar 2009 partizipierten »zwischen 150 und 500 Menschen in jedem Stadtteil« an Versammlungen (Mi 2010: 229). Bei den gemeinsamen Treffen wurden Proteste organisiert und gesellschaftliche Probleme diskutiert. Dabei ging es nicht nur um »lokale Probleme«, sondern um »eine allgemeine Thematik« (Mi 2010: 229). Ein Banner, das bei vielen Nachbarschaftsver-

sammlungen aushing, trug die Aufschrift: »Nehmen wir unser Leben in unsere Hände zurück« (Mi 2010: 229).

4.7 Die Nachwirkungen der Dezemberbewegung 2008

4.7.1 Kollektive Erfahrung der Selbstorganisierung

Ende Dezember 2008 fanden die Großdemonstrationen und fast täglich stattfindenden Proteste allmählich ein Ende. Eine allgemeine Erschöpfung machte sich bei vielen Protestteilnehmenden bemerkbar. Die Hochschulbesetzungen und die Besetzung der Gewerkschaftszentrale der GSEE in Athen wurden kurz vor Weihnachten von den Protestteilnehmenden beendet. An den Feiertagen kehrten viele von ihnen von den Straßen in die »Normalität« zurück. Die Zunahme von Polizeigewalt sowie organisatorische und strategische Defizite der Dezemberbewegung verstärkten die Demobilisierung der Proteste. Trotzdem blieb ein großer Teil der Bewegung im darauffolgenden Jahr weiterhin aktiv (Memos 2009: 220; Sotiris 2013: 56; Douzinas 2013: 141). Durch ihre Teilnahme an den Protesten schienen viele Menschen erkannt zu haben, dass sie die Macht besaßen, um »einige Dinge zu verändern« (Interview, *Il, 09.09.2010) und »dass sie ihr Leben in ihre Hände nehmen müssen« (Interview, *Re, 22.09.2010). Eine der großen Errungenschaften der Dezemberproteste war in diesem Zusammenhang die engere Vernetzung verschiedener politischer Gruppierungen, die vor dem Dezember 2008 nicht miteinander kooperiert hatten (Memos 2009: 226; Petropoulou 2010: 222; Bratsis 2010: 194). Migrant*innen, Student*innen und Mitglieder anarchistischer und linksaußerparlamentarischer Gruppierungen gründeten Anfang 2009 gemeinsam eine Initiative in Solidarität mit Protestteilnehmenden, welche seit den Dezemberprotesten inhaftiert gewesen waren. Darüber hinaus gründeten Protestteilnehmende eine Initiative in Solidarität mit der Gewerkschaftsaktivistin und heutigen SYRIZA-Politikerin Konstantina Kouneva, die Ende Dezember 2008 auf ihrem Nachhauseweg, einem durch Unbekannte verübten Säureattentat³² zum Opfer fiel (TPTG 2009: 126; Matsas 2010: 52). In beiden Fällen organisierten die Aktivist*innen, dem Protestteilnehmenden *Lu zufolge, zahlreiche Solidaritätsaktionen (Interview, *Lu, 09.09.2010). Dabei griffen sie routiniert auf Aktionsrepertoires zurück, die sie während der Dezemberproteste mehrfach angewendet hatten. In Solidarität mit Kouneva besetzten Aktivist*innen am 27. Dezember 2008 die Zentrale der Elektronischen Eisenbahn Athen-Piräus (*Ilektroniki Sidirodromoi Athinon Piraios*, kurz: ISAP), bei der Kouneva als Reinigungskraft arbeitete (Katalipsi ISAP 2008).³³ Die Protestaktionen dauerten teilweise mehrere Tage. So besetzten Künstler*innen in Solidarität mit Kouneva und den inhaftierten Protestteilnehmenden am 28. Januar 2009 für neun Tage die Athener Nationaloper (Matsas 2010: 58). Für einen Teilnehmer der Dezemberproteste 2008 zeigten diese Ereignisse, welche

32 Akteur*innen der sozialen Bewegungen und Arbeitskolleg*innen von Kouneva vermuteten, dass das Attentat vom Arbeitgeber Kouvenas beauftragt wurde.

33 Der Internetauftritt der besetzten Athener Verkehrsgesellschaft ISAP findet sich unter: <http://katalipsihsap.wordpress.com>.

weitreichenden Auswirkungen die Dezemberbewegung 2008 auf die Protestdynamik in Griechenland allgemein hatte:

»Ich denke, was im Dezember passierte, war nicht eine Sache von einer Woche oder einem Monat. Es gab diesen Vorfall mit der Gewerkschafterin Konstantina Kouneva. Ohne die Dezemberereignisse, wäre da nicht so eine Solidarität gewesen mit Konstantina Kouneva, denke ich. Es war eine Gelegenheit, um viele Dinge zu tun; für Migrant*innen und Syndikalismus, für die Jugend etc. mit mehr Leidenschaft. Die Dezemberrevolte ist inzwischen zu Ende, aber wir fühlen uns anders [...] sie gab uns die Kraft, mehr Dinge zu tun. Viele Menschen besetzten Gebäude im Dezember. Diese Besetzungen, Formen der Selbstverwaltung, haben sich nach ›Dezember‹ fortgesetzt. Wir können sagen, dass es eine Bewegung von Besetzungen gab nach ›Dezember‹ [...] ›Dezember‹ war die Chance für uns, einfacher mit anderen Gruppen zu kooperieren. Vorher war das nicht so einfach, aber jetzt verstehen wir, dass alles gesellschaftlich ist, dass es ein gemeinsamer Kampf ist« (Interview, *Il, 08.09.2010).

Viele Protestteilnehmende fühlten sich im Anschluss an die Dezemberproteste nicht nur dazu ermächtigt, kurzzeitige Protestaktionen durchzuführen, sondern auch langfristige Strukturen zu gründen. So besetzten Protestteilnehmende im Athener Vorort Nea Filadelfia im Frühjahr 2009 ein leerstehendes Haus und wandelten es in ein selbstverwaltetes Sozialzentrum um. Pläne zur Gründung des Sozialzentrums hatte es bereits vor den Dezemberprotesten gegeben, doch erst die Teilnahme an den Protesten ermutigte die Aktivist*innen dazu, ihre Idee tatsächlich umzusetzen, wie ein Mitglied des Sozialzentrums *Strouga*³⁴ erzählt:

»Es gab da einige Leute in Nea Filadelfia, die zu politischen Gruppen gehörten, anarchistische oder kommunistische oder linke Gruppen. Es hatte in der Vergangenheit einige Versuche gegeben, eine gemeinsame Gruppe hier in Nea Filadelfia aufzubauen, aber sie hatten es nicht geschafft, alle zusammenzuarbeiten. ›Dezember‹ hat der Situation geholfen, einige Schritte vorwärtszumachen. Es begann mit der Besetzung eines öffentlichen Gebäudes in Nea Filadelfia, wo viele Leute sich trafen, die sich vorher nicht kannten. Und nach ›Dezember‹ hat diese Bewegung sich das Gebäude angeeignet, um damit fortzufahren, Dinge zu kreieren« (Interview, *An, 24.09.2010).

In allen größeren Städten im Land entstanden infolge der Dezemberbewegung 2008 lokale Nachbarschaftsversammlungen (TPG 2009: 120–121). Die Besonderheit war dabei, dass ihre Mitglieder sich nicht nur aus Langzeitaktivist*innen anarchistischer und linksradikaler Gruppierungen zusammensetzten, sondern dass auch bislang kaum politisierte Teile der Gesellschaft an den Projekten partizipierten (Alkis 2010: 284; Petropoulou 2013: 72). Für den Hochschullehrer und Aktivisten *St ist die zunehmende gesellschaftliche Beteiligung an selbstorganisierten Strukturen auf die Protesterfahrungen im Dezember 2008 zurückzuführen:

34 2017 führte das Sozialzentrum *Strouga* Protestaktionen gegen den Bau eines neuen Fußballstadions in Nea Filadelfia durch. Daraufhin wurde die Besetzung von Fußballfans angegriffen und teilweise zerstört. Seitdem ist *Strouga* nicht mehr so aktiv. Die Internetseite von *Strouga* findet sich unter: <https://eleftheriaki-strouga.espivblogs.net>.

»[...] auch wenn wir nicht so strikt sein sollten in der Beschreibung einer Genealogie: ›Dies hat das kreierte!‹ Es ist ein Geist oder ein Erbe, dass es für Menschen möglich machte, nach bestimmten Dingen zu streben. Dieser Geist hat sich nach der Dezember- und der Platzbewegung verbreitet und er hat sich ausgeweitet [...] auf verschiedene Teile der Gesellschaft, die normalerweise nicht darin involviert waren. Er breitete sich viel weiter als auf die aktivistischen Gruppen oder die politisch engagierten Menschen aus, die für eine andere Gesellschaft kämpfen. Er kreierte irgendwie die Idee, dass wir heute andere Dinge tun können, unsere Leben in unsere eigenen Hände nehmen und Dinge kreieren können« (Interview, *St, 01.04.2015).

Auch für Protestteilnehmer *Ya resultierte der rasante Anstieg von Nachbarschaftsversammlungen aus einer unter den Protestteilnehmenden verbreiteten Erkenntnis, »dass sie etwas schaffen können, wenn sie kämpfen« (Interview, *Ya, 21.09.2010). Viele dieser teilweise noch heute (Stand: 2023) bestehenden Nachbarschaftsversammlungen organisierten 2009 Protestaktionen, Solidaritätsinitiativen und andere Projekte. So gründete die Nachbarschaftsversammlung des Athener Stadtteils Exarchia im Frühjahr 2009 den selbstverwalteten Park *Navarinou*.³⁵ Ein ehemaliges Mitglied der Nachbarschaftsversammlung von Exarchia erzählt, wie zunächst einige Personen damit begonnen hatten, einen Parkplatz in einen Park zu transformieren und sich nach und nach mehr Menschen dem Projekt angeschlossen haben, bis sich irgendwann »jeden Tag viele Menschen versammelten« (Interview, *Ach, 27.09.2010). Das ehemalige Mitglied vermutet, dass »nach der Revolte Menschen realisierten, dass sie die Dinge in ihre eigenen Hände nehmen müssen, anstatt darauf zu warten, dass andere es für sie tun« (Interview, *Ach, 27.09.2010). Nicht nur in Athen, sondern auch in anderen Teilen des Landes entstanden 2009 selbstverwaltete Sozialzentren, Grünflächen und Nachbarschaftsversammlungen. Alle diese Projekte können als kollektive Versuche gewertet werden, die Praxis der Selbstorganisation nach den Dezemberprotesten 2008 fortzusetzen und gesellschaftlich auszuweiten. Dabei entstanden in den selbstorganisierten Projekten dem Sozialanthropologen *Yk zufolge »neue soziale Beziehungen« und »neue alltägliche Praktiken« (Interview, *Yk, 13.02.2015). Protestteilnehmer *Ya vermutet zudem, dass die kollektiv gelebte Erfahrung der Selbstorganisation im Dezember 2008 und im Frühjahr 2009 auch die gesellschaftliche Beteiligung an den Krisenprotesten 2010 beeinflusst hat:

»Die großen Demonstrationen in diesem Jahr hatten die größten Teilnehmer*innen-zahlen seit 1974. Ich denke, das hat nicht nur mit den staatlichen Maßnahmen hier zu tun, sondern mit der Dezember-Periode. Viele Menschen verstanden, dass sie zu den Demonstrationen gehen können und die Macht haben, ihre eigenen Rechte in den Straßen einzufordern« (Interview, *Ya, 21.09.2010).

Dem Protestteilnehmenden *Lu zufolge dient die »kollektive Erfahrung des Dezembers« zudem vielen Menschen als »ein Referenzpunkt« ebenso wie »der 6. Dezember [...] ein Protesttag« bleibt (Interview, *Lu, 09.09.2010).

35 Der Internetauftritt des selbstverwalteten Parks *Navarinou* findet sich unter: <http://parkingparko.espivblogs.net>.

4.7.2 »Formen des besseren Lebens in diesem System«

Einige Sozialwissenschaftler*innen kritisierten die Dezemberbewegung 2008 für ihre ausbleibenden politischen und ökonomischen Forderungen (TPTG 2009: 118; Kalyvas 2010: 360; Mentinis 2010: 201–202). Auch dem Protestteilnehmenden *Lu zufolge hatte die Bewegung »keine klaren Forderungen« (Interview, *Lu, 09.09.2010). Eine der wenigen Forderungen, die die Bewegung stellte, war die Beendigung von »Polizeibrutalität« (Interview, *Lu, 09.09.2010). Neben einem Mangel an Forderungen sei es der Dezemberbewegung 2008 zudem nicht gelungen, Perspektiven für eine dauerhafte gesellschaftliche Transformation zu eröffnen, weshalb die Bewegung weniger als politischer Umbruch, sondern vielmehr als eine politische Unterbrechung interpretiert werden sollte (Bratsis 2010: 195; Kalyvas 2010: 360). Protestteilnehmer *Al zufolge sei es auch gar nicht das Ziel der Dezemberbewegung 2008 gewesen, die Gesellschaft grundlegend zu verändern:

»Dezember« hat vieles hinterlassen. Wir können nicht sagen, dass es etwas war, das einfach vorbeizog. Auf der anderen Seite war es keine Revolution. Du kannst weder sagen, dass sie gewann oder verlor. Du kannst sie nicht mit diesen Begriffen interpretieren. Für mich persönlich hat jeder gesellschaftliche Aufruhr etwas Positives, weil das Negative ist, wenn nichts passiert« (Interview, *Al, 13.09.2010).

Der Protestteilnehmer *An bestätigt, dass es den meisten Teilnehmenden der Dezemberproteste 2008 nicht um einen politischen Umsturz und eine Veränderung der bisherigen Verhältnisse ging, sondern in erster Linie darum, Kritik an der bestehenden Ordnung auszudrücken (Interview, *An, 24.09.2010). Als sehr positiv empfindet er, dass sich viele junge protestunerfahrene Menschen an der Bewegung beteiligten. Doch selbst wenn viele Menschen im Anschluss an die Proteste mit unterschiedlichen Formen der Selbstorganisation experimentiert haben, bedeutete dies *An zufolge nicht, dass die Mehrheit von ihnen auf eine gesamtgesellschaftliche Transformation hinarbeitete. Vielmehr stellten Projekte wie das Sozialzentrum *Strouga* eine Möglichkeit dar, kollektiv eine andere Alltäglichkeit auszuleben, wie *An erzählt:

»Es war auch für uns etwas Neues, für die neue Generation. Wir hatten sowas nicht erwartet. Alle Leute dachten, dass die neue Generation nur Play-Station spielt, Kaffee trinkt und das war die Wahrheit. Das war vielleicht die Generation von »Dezember«. Keine andere. Das war das einzig Gute, das blieb. »Dezember« auf der anderen Seite – das, was es hinterließ – ist etwas mit vielen Illusionen. Räume wie *Strouga* reden nicht über den Fall des Kapitalismus [...] Sie interessieren sich nicht für den Fall des Kapitalismus, sie kümmert es nicht, was wir nach dem Kapitalismus schaffen können. Das sind nicht die Themen dieser Bewegungen. Es ist eher etwas wie: »Formen des besseren Lebens in diesem System«. Mit Ausnahme von anarchistischen und linken Teilen der Bewegung, die vorher schon eine politische Meinung hatten, nach dem Motto: »Dies ist die richtige Situation. Wir wollen ein anderes System ohne Ausbeutung, wir wollen all dies zerstört haben und wir wollen etwas Neues«. Alle anderen, nein, ich denke nicht, dass die Teile der Gesellschaft sich so eine Meinung angeeignet haben. Es gab nicht so viele Diskussionen während »Dezember« über diese Dinge. Es war einfach eine Explosion

von Gewalt und das war sehr gut. Aber es hat keinen Wandel gebracht. Ich denke, jetzt mit der Troika, mit all diesen Maßnahmen, den Einkommens- und Rentenkürzungen. Wenn sich etwas im Dezember geändert hätte, wäre unsere Antwort heute eine andere. Heute akzeptieren wir die gesamte Situation. Und das ist sehr normal. Das ist die Situation. Die Fortsetzung von dem, was existierte. Ich denke, in solchen Situationen erwartest du nicht, dass die Mehrheit der Leute in der Bewegung bleibt. Aber ein großer Teil blieb. Aber du hoffst und das ist, was passiert, dass einige Leute bleiben und stark bleiben, kämpfen. Wir haben einen Raum, in dem wir diskutieren und unser Bier zu einem guten Preis trinken können, einige Filme gucken können. Ja, aber das ist nicht der politische Weg, um Kapitalismus zum Fallen zu bringen. Ich glaube das Bewusstsein darüber, was passiert, kommt jetzt zum Vorschein. Wenn ich sehe, warum nur so wenig Geld übrig ist. Die Gesellschaft zeigt dir, dass sie eine Klassengesellschaft ist. Also ist es nicht offensichtlich? Ist es! Also, warum passiert nichts? [...] Die ökonomischen Zustände sind bereit. Es ist deutlich, was passiert. Wenn du meine Großmutter fragst, was passiert, sie weiß es, sie kann es dir erzählen. Aber der nächste Schritt ist, zu handeln. Das alles zu zerstören. Das ist das Schwierige. Und das ist, was die Gesellschaft kreieren wird. Ich habe für die ganze Welt Hoffnung. Ich bin sicher. Nicht, solange ich lebe, ich weiß nicht« (Interview *An, 24.9.2010).

4.7.3 Ausbreitung von Arbeitsstreiks und Gründung neuer Basisgewerkschaften

Während der Dezemberproteste war es den Akteur*innen nicht gelungen, ihre selbstorganisierten Protestformen auf die Betriebe auszuweiten (TPTG 2009: 123). Dies kann mit der sozialen Zusammensetzung der Bewegung begründet werden. Denn wie bereits beschrieben, gehörten junge, von prekären Arbeitsverhältnissen bedrohte oder betroffene Menschen zu den Protagonist*innen der Dezemberproteste. Diese waren nur in geringem Maße gewerkschaftlich organisiert (TPTG 2009: 124). Protestaktionen, die einen gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Bezug aufwiesen, fanden im Rahmen der Dezemberproteste somit nur in geringem Maße statt. Eine dieser Aktionen war die Besetzung des GSSE-Zentralgebäudes am 17. Dezember 2008. An der Besetzung beteiligten sich u.a. Mitglieder von Basisgewerkschaften, die wenige Jahre vor dem Beginn der Dezemberproteste gegründet worden waren (Kaplanis 2010: 224). Ein allgemeineres Bedürfnis die selbstorganisierten Proteste auf den Bereich des Arbeitsplatzes auszudehnen, zeigte sich dagegen erst im Anschluss an die Dezemberproteste. So traten prekär beschäftigte Journalist*innen, die sich an den Dezemberprotesten beteiligt hatten, im Januar 2009 in einen selbstorganisierten Streik, um für bessere Arbeitsbedingungen zu protestieren. Dabei besetzten die Streikenden am 10. Januar 2009 kurzzeitig die Büros der Gewerkschaft für Journalist*innen der Athener Tageszeitungen (*Enosi Sidakton Ime- rision Efimeridon Athinon*, kurz: ESIEA) (Matsas 2010: 54).³⁶ In einer ersten öffentlichen Erklärung setzten die Besetzer*innen ihre Protestaktion in Bezug zu den Dezemberprotesten und kritisierten die ESIEA für ihre Unwillen, die Beschäftigten zu repräsentieren:

36 Die Internetseite der besetzten Journalist*innenvereinigung Athen ist abrufbar unter: <http://katalipsiesiea.blogspot.com>.

»Unser Platz ist an der Seite der Rebellierenden. Ein weiterer Grund hierfür ist, dass auch wir täglich an unseren Arbeitsplätzen Ausbeutung erfahren. In der Medienindustrie, wie überall sonst, müssen wir mit den Konsequenzen von Prekarität, unsicherer oder unbezahlter Arbeit umgehen [...]. Jüngst, unter der Drohung der bevorstehenden ökonomischen Krise, erfahren auch wir die Intensivierung von Kündigungen und die Angst davor. Wie alle Arbeiter*innen erfahren wir die Scheinheiligkeit und den Verrat der Gewerkschaften. Die ESIEA ist eine Institution, die sich gegen den Aufruf der Arbeiter*innen zum Widerstand gegen die Bosse wendet [...] ESIEA ist in Wirklichkeit eine Gewerkschaft für die Bosse [...] wie sich durch ihre Weigerung, am Generalstreik am 10. Dezember 2008 teilzunehmen, bewiesen hat. Aus all diesen Gründen [...] haben wir beschlossen, das ESIEA-Gebäude zu besetzen [...]« (Katalipsi ESIEA 2009).

Im Anschluss an die Besetzung gründeten die Journalist*innen eine Vollversammlung, an der neben Medienarbeiter*innen auch Student*innen und Arbeitslose partizipierten (TPTG 2009: 125). In Kritik an den Gewerkschaften und ihrer Unfähigkeit, die Interessen und Forderungen von prekär Beschäftigten zu repräsentieren, führten prekär Beschäftigte ab Januar 2009 nicht nur mehrere selbstorganisierte Protestaktionen durch, sondern gründeten auch neue Basisgewerkschaften. Untersuchungen des Sozialwissenschaftlers Christos Kretsos (2011a: 268) zufolge entstanden in den griechischen Großstädten zwischen 2008 und 2011 über 35 neue Basisgewerkschaften. Eine dieser Basisgewerkschaften ist *Diakoptes* in Athen. Deren Mitglieder setzen sich aus Tontechniker*innen zusammen, die sich während der Dezemberproteste kennengelernt hatten (Vogiatzoglou 2014: 364). Um eine effizientere Zusammenarbeit der Basisgewerkschaften gewährleisten zu können, gründeten die Mitglieder der neuen Basisgewerkschaften 2009 zudem die Koordination der Athener Basisgewerkschaften (*Syntonismos Protovathmion Somation*³⁷, kurz: SPS) – ein Modell, das später auch in anderen griechischen Städten umgesetzt wurde.

4.7.4 Einfluss auf die institutionelle Politik

Neben der Gründung selbstorganisierter Nachbarschaftsversammlungen, Sozialzentren und Basisgewerkschaften hatte die Dezemberbewegung auch Nachwirkungen auf der Ebene der institutionellen Politik. Zum einen schlossen sich im März 2009 zehn linksradikale Gruppierungen und Organisationen zu der politischen Partei Antikapitalistische Linke Kooperation für den Umsturz (*Antikapitalistiki Aristeri Sinergasia gia tin Anatropi*, kurz: ANTARSYA) zusammen. Mitglieder von ANTARSYA beteiligten sich an den Dezemberprotesten 2008 und suchten schon länger nach einem neuen »kommunistischen Kurs« (Budgen/Sotiris 2015; s.a. Iakovidou et al. 2011: 157). Die Dezemberbewegung fungierte dabei als Katalysator und beschleunigte die Gründung der Partei (Budgen/Sotiris 2015). In den Krisenprotesten der 2010er Jahre spielte ANTARSYA, die bei den parlamentarischen Wahlen die Drei-Prozent-Hürde nie überschritten hatte, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus besitzt die Partei insbesondere innerhalb der Stu-

37 Der Internetauftritt der Koordinierung der Basisgewerkschaften in Athen ist abrufbar unter: <http://syntonismos.blogspot.com>.

dierendenvereinigungen und Gewerkschaften einen starken Einfluss (Budgen/Sotiris 2015).

Neben der Gründung einer neuen linken Partei zogen die Dezemberereignisse, zumindest ansatzweise, auch eine Krise der politischen Repräsentation nach sich. Der Umgang der ND-Regierung mit den Dezemberprotesten sorgte dafür, dass sowohl die ND als auch die institutionelle Politik insgesamt an gesellschaftlicher Zustimmung einbüßten. Nicht nur, dass die Regierung besonders repressiv gegen Protestbeteiligte vorging, sie berief während der Dezemberproteste sogar eine Krisensitzung in Anwesenheit des griechischen Präsidenten, des Premierministers, Spitzenminister*innen sowie hochrangigen Polizeioffizier*innen ein, um über einen möglichen staatlichen Ausnahmezustand zu diskutieren. Dieser wurde schließlich nicht ausgerufen, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass die Lage sonst weiter eskaliert wäre (Kalyvas 2010: 355). Trotzdem verringerte sich im Anschluss das Vertrauen der Bevölkerung in die parlamentarischen Parteien insgesamt, wie die Ergebnisse einer Umfrage des Eurobarometers zeigen. So sank die Zustimmung der Bevölkerung zum griechischen Parlament zwischen Juni 2009 und November 2009 von 70 auf 62 Prozent (Aslanidis 2016: 135).

Von den Massenmedien und der parlamentarischen Opposition wurde die Regierung für ihre Unfähigkeit kritisiert, die Ordnung im Land wiederherzustellen (Stevens 2008). Damit bezogen sie sich insbesondere auf mehrere, gezielte Anschläge auf Einzelpersonen, die infolge der Dezemberproteste 2008 stattfanden. Verübt wurden die Anschläge durch verschiedene linksradikale Untergrundgruppen, die den Tod von Alexis Grigoropoulos rächen wollten. Eine dieser Gruppen, die Sekte der Revolutionäre (*Sekta Epanastaton*, kurz: SE) wurde in direktem Anschluss an die Dezemberproteste gegründet. Anfang 2009 verübte die SE mehrere Anschläge auf Polizeistationen und Journalist*innen (Griechenland Zeitung 2009a). Während die SE bei diesen ersten Anschlägen niemanden verletzte, tötete die Gruppe im Juni 2009 einen Polizisten und im Juli 2009 einen Journalisten (Griechenland Zeitung 2009b; Tzafalias/Bland 2010). Als die Untergrundgruppe Revolutionärer Kampf (*Epanstatikos Agonas*, kurz: EA) Anfang September 2009 einen Anschlag auf die Athener Börse verübte, schien Ministerpräsident Karamanlis mit der Situation endgültig überfordert zu sein (Kathimerini 2009). Die Regierung sah sich zunehmend unter Druck gesetzt, vorgezogene Neuwahlen abzuhalten. Noch am Tag des Börsenanschlags bat Karamanlis den Staatspräsidenten Karolos Papoulias um die Auflösung des Parlaments sowie um vorgezogene Neuwahlen (BBC News 2009). Wie sehr das Vertrauen in die Regierungspartei ND gesunken war, zeigte sich deutlich anhand der Wahlergebnisse. Für die ND stellten diese mit 33,5 Prozent ein historisches Tief dar (Kalyvas 2010: 354). Die PASOK, die den Umgang der Regierung mit den Dezemberprotesten 2008 in ihrem Wahlkampf thematisierte, erkämpfte sich dagegen mit 44 Prozent aller Wahlstimmen die Position der Alleinregierung (Griechenland Zeitung 2009c; Iakovidou et al. 2011: 157).

4.8 Fazit

In diesem Kapitel wurde die Dezemberbewegung 2008 analysiert. Die Untersuchung ergab, dass sich die Bewegung zu einem Großteil aus jungen, gut ausgebildeten Erwachsenen zusammensetzte, die sich zum Zeitpunkt der Proteste mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und -aussichten konfrontiert sahen, und sich aus diesem Grund vom griechischen Staat nicht repräsentiert fühlten. Ihre Repräsentationskritik richtete sich dabei auch gegen politische Parteien und Gewerkschaften, die es weitgehend ablehnten, die Proteste zu unterstützen. Ihnen standen die Protestteilnehmenden selbst kritisch gegenüber, weil die institutionalisierten Protestakteur*innen sich im Widerstand gegen Sozialreformen und die damit verbundene allgemeine Verschlechterung von Lebenslagen schon seit Längerem – das zeigte der Einblick in die jüngere Protestgeschichte Griechenlands – als ineffizient erwiesen hatten. Ihre Kritik an Gewerkschaften und Parteien zeigten die Protestakteur*innen, indem sie auf ein Repertoire verschiedener selbstorganisierter Protestformen zurückgriffen, die sich in den letzten vier Jahrzehnten in Griechenland zunehmend als feste Aktionsrepertoires der sozialen Bewegungen etabliert hatten. Bei den Dezemberprotesten kamen dabei viele bislang protestunerfahrene junge Menschen mit selbstorganisierten Protestformen in Berührung. Gemeinsam mit Mitgliedern der A/A-Bewegung besetzten diese Protestneueinsteiger*innen öffentliche Institutionen wie Schulen, Universitäten und Rathäuser und gründeten Vollversammlungen, über die sie die Proteste organisierten. Viele Protestaktionen wurden zudem über die sozialen Medien organisiert. Im Anschluss an die Dezemberproteste setzten viele Protestteilnehmende ihre selbstorganisierten Praktiken fort. Sie fühlten sich ermächtigt, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Die Gründung dauerhafter Formen demokratischer Selbstorganisation sind Ausdruck dieses neuen kollektiven Bewusstseins. Neben Nachbarschaftsversammlungen, Sozialzentren und Grünflächen entstanden neue Basisgewerkschaften. Diese selbstorganisierten Projekte zeugten von dem Bedürfnis der Protestteilnehmenden, neue Formen der Alltäglichkeit zu leben sowie neue Organisierungsformen zu erfinden.

